

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Dr. Dittlow u. Verwaltung: Drag 11, Telef. 15 • Teleph. 12095, 31409, Nachdruck (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Donnerstag, 23. November 1933

Nr. 274.

Soziale Fürsorge in ärgster Krisenzeit

Exposee des Genossen Dr. Czech im Budgetausschuß

Prag, 22. November. Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech erklärte heute im Budgetausschuß ein umfassendes Exposee über die rastlose Tätigkeit seines Ressorts bei der Bekämpfung der Krise und zur Vinderung wenigstens der ärgsten Folgen der jahrelangen Arbeitslosigkeit weiter Bevölkerungsschichten. Welchen persönlichen Anteil der Ressortchef selbst nicht nur an der Fielsetzung, sondern auch an den kleinsten Details dieses unermüdbaren Kampfes für die sozial Schwachen und Schwächsten nimmt, braucht hier wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Seiner Initiative, seiner unermüdbaren Arbeit, die keine Rücksicht auf die eigene Person kennt, ist es in erster Linie zu danken, daß das Ministerium auch bei den beschränkten Budgetmitteln, die zur Verfügung stehen, das Menschenmögliche leisten konnte.

Und wenn von den guten Absichten noch vieles nicht verwirklicht werden konnte, so liegt das nicht an dem Ressort, sondern an jenen, die sich oft in gehässiger Weise gegen jede systematische Fürsorge für die Krisenopfer stellen. Diese Kreise mögen sich das Exposee ganz besonders gut durchlesen. Sie werden darin un schwer erkennen, was sie bisher schon durch ihren Widerstand gegen die weit vorausschauenden Pläne des Ministeriums in der Frage der Arbeitszeitverkürzung usw. angerichtet haben; hoffentlich ziehen sie daraus die entsprechenden Folgerungen für ihr künftiges Verhalten!

Dem Exposee entnehmen wir folgende Stellen:

Auch im heurigen Jahre steht die Arbeit des Fürsorgeministeriums völlig im Zeichen der Wirtschaftskrise, die auch die soziale Verwaltung nicht nur ihre bisherigen Errungenschaften und Leistungen in empfindlichster Weise beeinträchtigt, sondern auch ihren Aufgabenskreis vervielfacht.

Das Tragische an dieser Entwicklung ist, daß sich in dem Augenblicke, in dem die zunehmende Verschlechterung der Lage der arbeitenden Bevölkerungsschichten erhöhte Anforderungen an den Staat stellt, die finanzielle Situation des Staates zusehends verschlimmert und sich dadurch die Möglichkeiten, den dringlichsten Lebensnotwendigkeiten der bedürftigen Bevölkerungskreise wenigstens annähernd gerecht zu werden, immer mehr verringern.

Ein Bild in das Budgetkapitel des Ministeriums der sozialen Fürsorge offenbart dies mit erschreckender Deutlichkeit. Wohl partizipiert das Fürsorgeministerium, wenn die im Finanzgesetz für die Arbeitslosenfürsorge vorgesehenen 700 Millionen mitgerechnet werden, mit dem sicherlich respektablem Betrage von rund 1 1/2 Milliarden an den gesamten Staatsausgaben, aber selbst dieser Betrag erweist sich gegenüber den wachsenden Aufgaben der sozialen Verwaltung als durchaus unzulänglich. Es ist wohl richtig, daß sämtliche Ressorts — besonders hinsichtlich ihres Sachaufwandes — sehr empfindliche Rücksicht hinnehmen mußten, um die Erzielung des budgetären Gleichgewichtes zu ermöglichen, aber auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens sind die Kürzungen und restriktiven Maßnahmen in folchem Grade fühlbar als im Bereiche der sozialen Fürsorge.

Krise und Arbeitslosigkeit

Auch im letzten Jahre haben die wirtschaftlichen Verhältnisse eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Den zahllosen Betriebsstörungen sind inzwischen weitere gefolgt und fast mit jedem Tage ist dabei das gewaltige Arbeitslosenheer weiter angewachsen. Alle Industrien verzeichnen eine weitere starke Senkung des Beschäftigungsniveaus. Dies spiegelt sich in den Außenhandelsziffern unseres Landes wider, die auf 27,5 Prozent gegenüber dem Jahre 1929 gesunken sind. So ist es zu verstehen, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl der Krankenversicherungsanstalten, die im Jahre 1929 noch 2.701.982 betrug, im Jahre 1933 auf rund 2.050.000 zurückging, und daß die Arbeitslosigkeit im Monate Februar des heurigen Jahres auf 920.182 emporstieg, während sie im selben Monate des Vorjahres nur die Höhe von 749.876 erklommen hatte.

Arbeitsanleihe schafft Arbeitsplätze

Das einzig Erfreuliche an diesen bedrückenden Erscheinungen ist, daß es in den letzten Monaten gelungen ist, die im Februar auf 920.181 angestiegene Zahl der Arbeitslosen gegen Ende Oktober auf 827.121 herabzubringen, was zu einem kleinen Teile auf gewisse, noch bestehende Saisonarbeiten, zum größten Teile aber auf die durch die Arbeitsanleihe erschlossenen Beschäftigungsmöglichkeiten

zurückzuführen ist. Allerdings stehen wir vor einem harten Winter, der uns neben so manchen neuen Schwierigkeiten sicherlich wieder einen neuerlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit bringen dürfte.

Gerade die erwähnten Arbeitslosenziffern zeigen uns deutlich, wie richtig es war, den Kampf

Menschenleere Fabriken Der Irrsinn überspitzter Rationalisierung

Die Rationalisierung unserer Industrie machte trotz ihrem desolaten Zustand auch im zurückliegenden Jahre, das gänzlich im Zeichen der Depression stand, weitere Fortschritte.

Es soll dies mit ein paar Beispielen belegt werden, die dem in Vorbereitung befindlichen Berichte des Zentralgewerkschaftsverbandes entnommen sind und aus denen zu ersehen ist:

daß die fortschreitende Technisierung des Produktionsprozesses Tausende und Abertausende von Arbeitern dem Fluch der Arbeitslosigkeit überantwortet, indem sie an ihre Stelle die menschenfressende Maschine treten läßt.

Von dem gleichen Schicksale wie die Industriearbeiter wurden insbesondere in der Glasindustrie durch den fortschreitenden Rationalisierungsprozeß auch die allerärmsten der Arbeiterschaft, die Heimarbeiter betroffen.

So verwendet eine Glasfabrik in Nordböhmen zur Erzeugung von Glasperlen 11 Apparate, die es ermöglichen, daß 2 Personen mittels eines einzigen Vorapparates binnen 8 Stunden ca. 60 Kilogramm Perlen erzeugen, während die gleiche Zahl von Heimarbeitern in derselben Zeit nur 16 Kilogramm Ware zu fertigen vermag. Wenn man sich dabei vergegenwärtigt, daß die Erzeugungskosten der maschinellen Perlen auch sonst um zwei Drittel niedriger sind als jene der Handproduktion, dann versteht man es, wie sehr die Existenz der Heimarbeiter durch die Einführung der neuen Maschinen bedroht erscheint.

Eine große Prager Maschinenfabrik hat sämtliche Nietarbeiten — das Nieten von Dampfkefeln ausgenommen — durch Schweißen ersetzt. Auf diese Weise wurde nicht nur eine Ersparnis an Material erzielt, sondern auch der Bedarf an menschlicher Arbeit um ca. 20 Prozent verringert.

Eine mährische Schloß- und Eisenwarenfabrik errichtete die Fließherzeugung von Feinschmieren am laufenden Band. Nach der neuen Methode erzeugen jetzt 8 Arbeiter 20 Stück Schmiere in einer Minute, wogegen früher in der gleichen Zeit 11 Arbeiter bloß 6—7 Schmiere zu fertigen vermochten.

Außerordentlich ungünstig wirkte sich auch die Automatisierung der Erzeugung in einer Parfettefabrik aus, in der die neue Arbeitsmethode ein ganzes Drittel des gesamten Arbeiterstandes um die Beschäftigung brachte. In einer Hutfabrik machte die Einrichtung von Walzenstrichmaschinen die Hälfte der bisherigen 40 Arbeiter dieser Abteilung überflüssig und ersetzte durch Einführung dreier neuer Walzenmaschinen die Arbeit von 30 Arbeitern.

gegen die Arbeitslosigkeit in erster Linie auf die Arbeitsbeschaffung zu konzentrieren und alle Kräfte für die Verwirklichung eines vollen Erfolges der Arbeitsanleihe einzusetzen.

Da von der Arbeitsanleihe vorläufig lediglich 1,2 Milliarden verbaucht sind, hoffen wir durch den Einfluß der restlichen 800 Millionen, die für das kommende Jahr reserviert sind, wieder ein Stück des Arbeitslosenleids abbauen zu können.

Nicht unerwähnt wollen wir in diesem Zusammenhang lassen, daß wir bei alledem auch auf die private Initiative rechnen, die auch ihrerseits endlich zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Erschließung neuer ansäherlicher Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen muß. Dieser Appell ist um so notwendiger, als wir uns dessen voll bewußt sind, daß wir — auch wenn es gelingen sollte, der Volkswirtschaft den stärksten Antriebs zu geben — auf lange Zeit hinaus mit Hunderttausenden Arbeitslosen rechnen müssen, die keine Aussicht haben, zu ihrem alten Berufe zurückzukehren, und für die unbedingt andere wirtschaftliche, soziale und materielle Vorkehrungen zu treffen sein werden.

Menschenleere Fabriken Der Irrsinn überspitzter Rationalisierung

Einen ansehnlichen Fortschritt in der Wärmewirtschaft und in den hygienischen Verhältnissen bedeutet die Veräußerung eines neuen Tunnelofens zum Porzellanbrennen in einer Fabrik im Karlsbader Gebiete: Der Sparnis von 25—40 Prozent an Brennmaterial steht leider die traurige Tatsache gegenüber, daß ein Fünftel aller Beschäftigten überflüssig wurde.

In geradezu verblüffender Weise werden die schädlichen Wirkungen der Rationalisierung durch die Einführung der automatischen Northropstühle in der Textilindustrie veranschaulicht. In einer Textilfabrik in Adonagräs wurden probeweise automatische Webstühle eingeführt. Zur Bedienung von 20 Webstühlen ist ein einziger Arbeiter erforderlich. Die Maschinen sind derzeit konstruiert, daß sie nach dem Weggang der letzten Arbeiterin längere Zeit ohne weitere menschliche Beihilfe weiterlaufen und den in die Maschinen eingelegten Garnvorrat vollständig verarbeiten.

Durch diese wenigen Beispiele sollte aufgezeigt werden, daß der Rationalisierungsprozeß der Industrie weitergeht, aber ungezählte Arbeiterexistenzen hinwegföhrt und in der daneben herlaufenden Defononisierung des Produktionsprozesses sowie in der Konzentration des Erzeugungssapparates eine sich sozial auf das schwerste auswirkende Ergänzung findet.

Staatliche Gegenmaßnahmen notwendig!

Unter solchen Umständen mißt sich von selbst die Frage auf, ob der Staat hier ruhig zusehen kann und ob er nicht ähnlich wie in Amerika und auch in anderen großen Industriestaaten Maßnahmen treffen muß, um angesichts der Massenarbeitslosigkeit der planlosen Rationalisierung entgegenzuwirken und insbesondere für eine etwa beabsichtigte Einstellung menschenparender Maschinen oder eine Vergrößerung oder Ausgestaltung des Produktionsapparates eine staatliche Regelung platzgreifen zu lassen.

Webrigens hat auch unsere Regierung in der beschriebenen Richtung einen ersten Schritt getan, als sie verfügte, daß bei der im Rahmen der Arbeitsanleihe durchzuführenden Investitionsarbeiten Maschinen, die hinsichtlich der menschlichen Arbeitskraft ersparend wirken, nicht in Anwendung gebracht werden sollen, wenn dies nicht unbedingt notwendig erscheint.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wo Sozialisten regieren

Wahrheit gegen Faschistenlügen

Wir haben zur Zeit den Besuch des dänischen sozialdemokratischen Journalisten Oskar Jørgensen, wohl eines der ältesten sozialdemokratischen Journalisten in Europa, der seit vierzig Jahren Mitarbeiter des kopenhagener „Sozialdemokraten“, und mehrere Jahre dessen Chefredakteur gewesen ist. In den letzten zehn Jahren lebte er als Korrespondent seiner Zeitung in Berlin. Ende März 1933 ging er nach Wien. Am Abend nach seiner Abreise kam er drei Hitlerpolizisten, um ihn zu verhaften. Genosse Jørgensen hat an dem letzten Parteitag in Wien als Vertreter unserer dänischen Bruderpartei teilgenommen. Er hat uns einen Besuch abgestattet und uns dabei über die Situation der Sozialdemokratie in den nordischen Ländern folgende interessante Mitteilungen gemacht:

Dänemark und Schweden haben sozialdemokratische Regierungen und nach dem großen Wahlsieg der Arbeiterpartei in Norwegen ist auch dort mit dem Kommen einer Arbeiterregierung zu Anfang des nächsten Jahres zu rechnen.

Die Mussolini, Hitler und der keine Diktator von Oesterreich sagen immerzu, die Sozialdemokratie sei unfähig zu regieren, der Marxismus führe im Staatsleben zur Wirtschaftskrise. Wie steht es damit in Wahrheit?

Auch wir im Norden haben unter den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise zu leiden, aber es gibt sicher kein anderes Land der Welt, das die Krise so gut übersteht, wie Dänemark. Wir sind ein landwirtschaftliches Land und unser Wohlstand hängt ab von der Ausfuhr unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Aber kein Land und keine Regierung hat mehr als Dänemark verstanden, die internationale Wirtschaftskrise abzumildern. Diese Sozialdemokraten, jumeist gewöhnliche Arbeiter, die in der dänischen Regierung sitzen, haben durch Verhandlungen mit der konservativen Regierung Großbritanniens trotz mancher Einbußen und Schwierigkeiten doch erreicht, daß die dänischen Landwirte mit den Landwirten in Mitteleuropa (Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn und selbst Deutschland) gar nicht verglichen werden können; natürlich bestehen auch für die dänischen Landwirte Schwierigkeiten, aber lange nicht in dem Maße wie in der übrigen Welt. Das ist das Werk der sozialdemokratischen Regierung. Und daran erweisen sich die Reden der Hitler, Dollfuß und Mussolini von der Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Regierung vollkommen als Phantasie.

Ueber die Lage der dänischen Arbeiter sagte uns Genosse Jørgensen: Wir haben natürlich auch in Dänemark wie in der übrigen Welt eine große Arbeitslosigkeit. Durch Kontingentierung der Einfuhr und zahlreiche öffentliche Arbeiten wie Anlage und Verbesserung von Straßen, Wegen, Brücken, sowie durch den Bau neuer Eisenbahnlinien und durch fördernde Anregung der Bauätigkeit überhaupt, hat die sozialdemokratische Regierung Dänemarks die Arbeitslosigkeit im letztvergangenen Jahr um die Hälfte verringert. Diese Regierung ist jetzt bereits in der zweiten Wahlperiode am Ruder; die überwiegend landwirtschaftliche Wählerschaft hat bei der Neuwahl des Parlaments der Sozialdemokratie und ihrer Regierung ein noch stärkeres Vertrauensvotum als vorher erteilt. Die Hauptstadt Kopenhagen sieht seit zwanzig Jahren unter sozialdemokratischer Verwaltung. Als die Banken vor einiger Zeit der Auflegung einer großen Stadtbahnlinie Schwierigkeiten bereiteten, brachte die Bevölkerung Kopenhagens in wenigen Stunden den Betrag aus eigenen Mitteln auf.

Die Arbeiterlöhne in Dänemark sind ungefähr dreimal so hoch als in der Tschechoslowakei, sechsmal so hoch wie in Italien, zweimal so hoch wie in

Getreideaufzucht in Italien

Rom, 22. November. (Zefani.) Mussolini gab gestern in der Sitzung des Ständigen Getreideausschusses bekannt, daß im Jahre 1933 81.003.200 q Getreide auf einer Anbaufläche von 5.085.934 Hektar bei einer Durchschnittsproduktion von 15,9 q geerntet worden seien. Es ist dies das beste Durchschnittsergebnis, welches in der Geschichte der italienischen Landwirtschaft jemals verzeichnet worden ist. Die Getreideproduktion wird damit in Italien zum erstenmal selbstgenügsam für den Eigenverbrauch usw. nach den Abschätzungen der letzten Jahre, die auf Grund der heimischen Ernten und den Einfuhrquoten in den einzelnen Jahren vorgenommen worden sind.

Deutschland, höher als in England und trotzdem kann unsere Industrie mit der übrigen Welt konkurrieren. Unsere Löhne sind doppelt so hoch wie in Deutschland und doch können wir Butter und Fleisch billiger produzieren als Deutschland.

Ebenso wie in Dänemark hat auch in Schweden die sozialdemokratische Regierung unter der Leitung von Albin Hansson, einem Schüler Hjalmar Brantings, die Wirtschaftspolitik erfolgreich befolgt, obwohl Schweden überwiegend Industrieland ist: die Arbeitslosigkeit ist in Schweden im Vergleich zu Deutschland sehr niedrig.

Zu diesen Tatsachen, die die Unmöglichkeit der Behauptung beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht regieren könne, kommt weiter, daß es in den nordischen — nach Ditters Ausdruck reinarischen — Ländern keinen Festschritt, keine Rassenfrage, keine Judenverfolgungen und nichts von all den Skandalen gibt, mit denen Hitlerdeutschland die Welt erfüllt. Wir haben sehr wenige Kommunisten und noch weniger Nationalsozialisten, über die man in Skandinavien nur lacht.

Gegenüber den Behauptungen vom Niedergang der Sozialdemokratie verweist Genosse Jørgensen auf die Wahlsiege unserer Bruderparteien nicht nur in den drei skandinavischen Ländern, sondern selbst in Finnland, wo die Rappobewegung von der deutschen Reaktion gestützt wird, die Sozialdemokratie jedoch unter den schwierigsten Verhältnissen, bedroht von den Nationalsozialisten und den Rappofaschisten, einen großen Sieg errungen hat.

Wir hören weiter von den sozialdemokratischen Wahlsiegen in der Schweiz, sowohl in den deutschen Gebieten von Basel, Bern und Zürich wie in dem französischen Genf. In England ist die Arbeiterpartei in unaufhaltsamem Aufstieg, Roosevelt, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, macht sozialistische Politik. Und da entblöden sich die halbverrückten Diktatoren nicht, zu sagen, die Sozialdemokratie gehe zurück.

Zum Schluß sagte Genosse Jørgensen: Ich habe große Bewunderung für die Tschechoslowakische Republik und für die Haltung ihrer Regierung gegenüber den Flüchtlingen aus Deutschland, für die sie mehr getan hat als die anderen der Welt. Die letzten Worte des Außenministers Dr. Beneš über die Ehrenpflicht der Tschechoslowakei gegenüber den Flüchtlingen haben mich mit Freude erfüllt.

Das Exposee des Fürsorgeministers:

40 Stundenwoche bricht sich Bahn

(Fortsetzung von Seite 1.)

Das Fürsorgeministerium hat sich niemals dem Glauben hingegeben, daß etwa die Verwirklichung der von ihm vor zwei Jahren überreichten Vorträge auf Einführung der vierzigstündigen Woche mit der Arbeitslosigkeit aufträmen und dem Massenelende ein Ende bereiten wird;

es ist sich dessen bewußt, daß die Beseitigung der Krise im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems ganz unmöglich ist und daß alle Maßnahmen gegen die Krise nur eine Verzögerung ihrer Auswirkungen herbeiführen können. Des aber vermag die Einführung der vierzigstündigen Woche, indem sie die verfügbare Arbeitsmenge auf einen größeren Kreis von arbeitsfähigen Menschen ausstreckt und so viele Zehntausende darbenender Familien nach langer Zeit wieder dem Nährstande zuführt.

Leider hat der Widerstand der Industrie gegen die vierzigstündigen Woche auch in letzter Zeit keine Abschwächung erfahren. Aber inzwischen hat sich der Gedanke der vierzigstündigen Woche nahezu die ganze Welt erobert.

Die französische und englische Regierung haben Gesetzesvorlagen über die Einführung der vierzigstündigen Woche eingebracht. Amerika — der industrialisiertere und kapitalistischere aller Staaten — hat über die vierzigstündigen Woche hinaus die dreißigstündigen Woche gesetzlich normiert und deren Einführung und Zuhaltung unter schwerste Strafsanktionen gestellt. In Deutschland sind — von der Krise und Massenarbeitslosigkeit dazu gedrängt — die gewaltigen Industriekonzerne zur vierzigstündigen Woche übergegangen. Es wird bald kein Land geben, das sich diesem Arbeitszeitregime noch zu entziehen vermöchte. Heute, da die Erkenntnis allgemein ist, daß die Welt — selbst für den Fall des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft — auch nicht einen Bruchteil dessen verbrauchen kann, was der in solchem Maße rationalisierte Produktionsprozeß zu schaffen vermag, vollzieht sich diese Wandlung zwangsläufig.

Auch unsere Regierung hat sich inzwischen für die internationale Regelung der vierzigstündigen Woche ausgesprochen und in dem Sinne dem Vertreter unseres Landes für die Internationale Arbeitskonferenz Direktiven mit auf den Weg gegeben; sie hat ferner für alle aus der Arbeitslosigkeit zu vergebenden Arbeiten die Einhaltung der vierzigstündigen Woche angeordnet. Es hat auch eine große Zahl von Selbstverwaltungskörpern in ihrem eigenen Wirkungsbereich analoge Vorkehrungen hinsichtlich der vierzigstündigen Woche getroffen.

Das Fürsorgeministerium umfaßt die Bemühungen um die Verfüzung der Arbeitszeit weiter fort und hofft zuversichtlich, daß sich der Gedanke der vierzigstündigen Woche in kurzer Zeit auch in unserem Lande den Weg bahnen wird.

Regelung des Arbeitsmarktes

In den Bereich jener Maßnahmen, die eine Befestigung der Wirtschaft anbahnen sollen, gehört auch die staatliche Regelung des Arbeitsmarktes. Sie erstreckt sich nicht nur auf eine umfassende und straffe Organisation aller mit der Arbeitsvermittlung betrauten Amtsstellen, sondern vor allem Sicherungen in der Richtung, daß auf Grund der vorgeschriebenen Meldung die frei gewordenen Arbeitsstellen nicht der willkürlichen Entscheidung des Betriebes überantwortet, sondern den sozial Bedürftigsten vorbehalten werden. Die

Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß jede andere Regelung einfach illusorisch wäre.

Ebenso wichtig sind Sicherungen in der Richtung, daß die Frage der Einschränkung oder Einstellung des Betriebes nicht in das ausschließliche Ermessen des Betriebsinhabers gestellt, sondern der Mitentscheidung der zuständigen Amtsstellen anheim gegeben wird.

Wären die vorstehenden Grundzüge schon im Jahre 1931, in dem das Fürsorgeministerium seinen Entwurf überreichte, verwirklicht worden, wäre von vielen Tausenden und Abertausenden von Arbeitern, die die Opfer willkürlicher Betriebsstilllegungen wurden, viel Ungemach abgewendet worden.

Arbeitslosenfürsorge neuer 900 Millionen

Obwohl das Fürsorgeministerium in der Arbeitsbeschaffung das Kardinale seiner Aufgaben erblickt, mußte es für die weitestgehende Fürsorge zugunsten der vom Krisenelende heimgesuchten Familien Sorge tragen. Das war angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit, aber auch der erheblichen Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse des Staates überaus schwierig.

Während der Gesamtaufwand für Arbeitslosenfürsorge im Jahre 1932 813 Millionen Ka betrug, resp. sich nach Abrechnung der an die Genter Fonds erzielten Vorschüsse per 125 Millionen auf rund 688 Millionen stellte, ist im Jahre 1933 mit Rücksicht auf die um ein Drittel angewachsene Arbeitslosenzahl mit einem Gesamtjahresaufwande von zumindest 900 Millionen zu rechnen. In diesem Betrage ist sowohl der Staatszuschuß zur gewerkschaftlichen Unterstützung mit rund 540 Millionen, als auch die Kosten der staatlichen Ernährungs- und Wohnaktion mit 290 Millionen, der produktiven Arbeitslosenfürsorge und aller anderen Hilfsaktionen inbegriffen.

Das Genter System

Das ständige Ansteigen des Aufwandes für die Arbeitslosenfürsorge brachte im Zusammenhang mit den wachsenden finanziellen Schwierigkeiten das in gewissen Kreisen immer stürmischer vorgebrachte Verlangen nach einer durchgreifenden Reorganisation der Arbeitslosenfürsorge und vor allem nach Durchführung gewisser restriktiver Maßnahmen ins Rollen. Das Fürsorgeministerium machte demgegenüber neuerlich die Forderung nach einem Ausbau der freiwilligen staatlichen Arbeitslosenfürsorge geltend und verlangte seinerseits die schleunigste Einführung der bereits im Prinzip beschlossenen Notabgabe, die von den Arbeitgeberern zu tragen wäre, die — anders als in anderen Staaten — an dem Aufwande für die staatliche Arbeitslosenfürsorge nicht partizipieren. Nach langwierigen Verhandlungen kam es zur Verabschiedung der Arbeitslosennotabelle.

Die neue Novelle, die am 15. September dieses Jahres in Wirksamkeit trat, bewegt sich noch immer im Rahmen der im Jahre 1930 getroffenen gesetzlichen Regelung, sie hält deren Kardinale Normen, wie die Verdoppelung der Unterstützungsdauer, die Einführung der Krisenfürsorge, die Schaffung der produktiven Arbeitslosenfürsorge aufrecht, sie ist in ihren Unterhaltungsformen sozial gegliedert und bezieht sich, indem sie gegenüber dem Gesetze vom Jahre 1921 an der Verwirklichung der gewerkschaftlichen Unterstützung fest-

hält, über dem Niveau jener gesetzlichen Regelung, die die jetzige Regierung bei Antritt des Amtes übernommen hat.

Hätte sich nicht in letzter Zeit die finanzielle Lage der Genter Unterstützungsfonds in empfindlicher Weise verschlechtert, die Auswirkungen der neuen Novelle würden auch nicht im entferntesten so fühlbar sein, als dies tatsächlich der Fall war.

Außerordentliche Hilfsaktionen

Gleichzeitig mit der Neuregelung der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge erfolgte auch eine durchgreifende Reorganisation der staatlichen Ernährungsaktion, insbesondere durch deren Einschränkung auf Personen, die mindestens durch drei Monate in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse standen und lediglich durch Arbeitslosigkeit in Notstand geraten sind. Diese Einschränkung machte sich angesichts des allgemeinen Notstandes, der auch die schwerverscherten Bevölkerungsschichten sehr empfindlich traf, in diesem Kreise sehr fühlbar.

Das Fürsorgeministerium ist unermüdet bemüht, alle Anstände, die bei der Durchführung der Hilfsaktion zuutage treten, und jede unrichtige Auslegung der von der Regierung beschlossenen Richtlinien zu beseitigen.

Leider ist es bisher nicht gelungen, die im Vorjahre durchgeführte Brotaktion wieder zu aktivieren. Auch von der Brotaktion läßt sich nicht erwarten, daß sie in diesem Jahre in dem früheren Umfange durchgeführt werden wird. Dafür bemüht sich das Ministerium, die Brotaktion wenigstens durch Ausgabe von Brotanzen Kindern von Arbeitslosen zu verwirklichen, die bei der Milchbeteiligung nicht zum Zuge kommen. Das Fürsorgeministerium ist auch bemüht, die Kohlenaktion und die Kinderbespeisung, die im Vorjahre von dem inzwischen aufgelösten Ernährungsministerium veranlaßt wurden, auch im heurigen Jahre zu erneuern.

Die Heilfürsorge für Arbeitslose soll auch im kommenden Jahre eine Fortsetzung erfahren. Als Ergänzung aller dieser Aktionen ist die Verrückung von Kindern arbeitsloser Familien und die Wiedereinführung der Heimstätten für die arbeitslosen Jugend gedacht. Das Ministerium wird namentlich alle Aktionen unterstützen, die geeignet sind, der Jugend Arbeits- und Ausbildungs- und eventuelle Schulungsgelegenheiten zu erschließen.

Arbeiterschutzgesetzgebung

Auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung hat das zurückliegende Jahr leider nur geringe Möglichkeiten für legislative Betätigung. Trotzdem konnte eine Reihe hartumstrittener sozialpolitischer Forderungen der Verwirklichung zugeführt werden, so die Novellierung des § 82 der Gewerbeordnung über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, die Vorlage über den Ladenschluß für Handelsunternehmen in der Slowakei, die Pensionsversicherung der Sozialisten und eine Umfizierung der slowakischen Unfallgesetzgebung. In der nächsten Zeit dürfte auch die zum 31. Dezember terminierte Regierungsverordnung über die Weiterzahlung der Teuerungszulagen zu den Unfallrenten zum Beschluß erhoben werden.

Auch auf administrativem Wege wurden im Bereiche des Arbeiterschutzes weitgehende Maßnahmen getroffen. So konnten auf dem Gebiete der Sonntagsruhe und des Ladenschlusses im Handelsgewerbe im zurückliegenden Jahre sehr bedeutsame Fortschritte erzielt werden.

Angesichts der herrschenden Massenarbeitslosigkeit wurde selbstverständlich unter Mitwirkung der Gewerbeinspektion und der politischen Behör-

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fehenbach

„Hast 'n denn so gern?“
Gretl fiel der Mutter um den Hals, und unter Schluchzen kam heraus:
„Ja, Mutter, arg gern!“
Die Mutter strich ihrem Mädels lieblosend übers Haar.
„Sei nur wieder ruhig. Ich red mit'm Vater.“
Das beruhigte Gretl ein wenig. Wenn die Mutter ihr hilft, wird der Vater vielleicht doch nachgeben und alles könnte wieder gut werden. Sie ging jetzt ruhiger ihrer Hausarbeit nach.
Die Mutter ließ zunächst den Vorn des Bäckermeisters verräumen. Mittags wird er wieder schlafen, und wenn er ausgeschlafen hat, wird besser mit ihm zu reden sein. Aber Frau Hein hatte sich getäuscht. Was sie auch vorbrachte, der Vater war nicht umzustimmen.
„Ist denn das ein Umgang für eine Bäckermeisterstochter? So ein bergelaufener Mensch! Und Kosenkränze haben sie auch n'r grad miteinander gebetet. Ich hab's ja selber g'sehn, wie er sie abgeknurrt hat!“
„Aber Kilian! Hast denn ganz vergessen, daß d' auch einmal jung warst? Die Gretl und der Hans kennen sich doch schon von Kindesbein auf, und jetzt sinds keine Kinder mehr, jetzt ham sie sich halt gern. Das is halt so.“
„Es muß aber nit so bleiben! Und ich will's einmal nit ham, daß die Gretl mit so einem Rigeuner rumläuft!“
„Aber der Hans is doch e ganz ordentlicher

und fleißiger Mensch. Hast 'n ja selber aufgewachsen lehen bei seiner Großmutter.“
Kilian Hein waren die sachlichen Gründe der Mutter unangenehm, weil er nichts Stichtäufiges darauf zu sagen wußte. Er half sich deshalb auf eine wenig überzeugende, aber erfolgreiche Weise, indem er noch heftiger wurde und, sich fast überschreiend, erklärte:
„Ich will nit mehr davon hören! Und jetzt is Schluß damit!“
Mutter Hein war es klar, daß sie heute nichts erreichen würde. Sie ging in die Küche und tröstete Gretl.
„Wußt halt e paar Tag warten.“
Am Abend wartete Hans vergebens auf Gretl. Sie kam nicht. Hans brachte ihr Ausbleiben mit ihrem plötzlichen Wegrennen am vorigen Abend in Verbindung, fand aber keine vernünftige Erklärung dafür.
Zwei Tage später sagte Frau Hein am Vormittag zu ihrer Tochter:
„Gretl, nim das Reh und geh auf'n Markt. Konntst mir grünen Salat holen und Tomaten, und für morgen bringst gleich gelbe Rüben mit.“
Sonst ging die Mutter immer selbst zum Markt. Was war denn heut bloß los? Aber während Gretl sich das Reh holte, kam ihr in den Sinn: Die Mutter will mir Gelegenheit geben, mit Hans zu reden! Eilig ging sie aus dem Haus, machte aber einen Umweg über den Kranen. Vor dem Wohnwagen war Hans damit beschäftigt, einen kleinen Galgen für die Kaiserbüchse zusammenzubauen.
„Morgen Hans! Ich muß auf'n Markt. Gehst e Stückle mit?“
Natürlich ging er mit, und nit nur e Stückle. Bis zum Markt begleitete er die Gretl und wieder zurück.
„Warum bist denn lehthin abends so auf einmal davongelaufen und am andern Tag nit kommen?“

„Ich hab ja nit kommen können. Der Vater hat mich nit fortlassen. Abends, wie wir heimgegangen sind, hat er uns g'sehn. Da hab ich so Angst g'habt, daß ich gleich von dir wegelaufen bin. Und am andern Tag hats dann Krach geben. Ich hab ihm aber g'sagt, daß ich mir nit verbieten laß, mit dir zu gehn und daß du kein Zigeuner bist. Da is er hochsteufelswild geworden und hat g'sagt, er tät mir die Knoden im Leib kaputt schlagen, wenn er mich nochmal mit dir erwischt.“
„Recht kommt doch wieder zu mir?“
„Sonst folg ich 'm Vater in allem. Aber ich laß mir nit verbieten, zu dir zu gehen. Da kann er sagen, was er will!“
„Bist e tapfers Mädel!“
Hans drückte ihr so heftig die Hand, daß sie leise aufschrie.
„Nu! Du zerquettscht mir ja die Hand zu Drei.“
„Das war nit böß gemeint. Ich hab mich nur so g'treut über das, was du eben g'sagt hast.“
Solange die Messe noch dauerte, durfte Gretl nach sechs Uhr abends das Haus nicht mehr verlassen. Aber die Mutter schickte sie jeden Vormittag auf den Markt zum Einholen. Und Gretl machte jedesmal den Umweg über den Kranen, wo Hans schon auf sie wartete, um sie zu begleiten.
Vater Hein erfuhr von diesen verbotenen Morgenpromenaden nichts, und der Mutter brauchte Gretl nichts zu sagen. Die merkte es ihrer Tochter an dem frohen Gesicht an, daß sie die Gänge zum Markt zu nutzen verstand.

Zigaretten dazu. Vorne am Fenster saßen sie immer. Da konnte man sich behaglich auf die Polsterbank setzen und das Treiben unten auf dem Platz beim Biertröhrbrunnen beobachten, wenn einer von den Tarockbrüdern sich verpöste. Um den Brunnen herum hielten die Lohndröcklen mit ihren alten Gärten, vor dem „Dirchen“ standen die Lastfuhrwerke der Boten aus den Dörfern um Würzburg, ein Diebstmann war hier stets zu treffen, und die Straßenbahn hatte auch eine Haltestelle am Biertröhrbrunnen, so daß immer was los war. Man sah allerhand wenn man so vom ersten Stock im „Dirchen“ herunterschaute, und man brauchte sich dabei nicht zu langweilen.
Heute war Kilian Hein früher gekommen als sonst. Es beschäftigte ihn etwas, das ihm keine Ruhe ließ. Selbst dem Bäckermeister Franz war das frühe Kommen des Bäckermeisters aufgefallen, der sonst fast immer der Letzte von der Stammtischrunde war:
„Tag, Herr Hein! Sie ham sich wohl in der Zeit verhäutet?“
Kilian Hein sah durchs Fenster auf die Uhr am Grafen-Edaris-Turm.
„Wirklich, 's is erst zwei Uhr! Da muß meine Uhr vorgehen.“
„Und er tat, als richte er seine Uhr.“
„E Tasse Kaffee, Herr Hein?“
„Brauchst doch nit fragen, Franz. Weißt ja, was ich immer hab.“
Kilian Hein sah auf seinem Platz am Fenster, steckte sich eine Zigarette an und schaute auf den Biertröhrbrunnen hinunter. Aber er sah ins Beere. Die Geschichte mit der Gretl ging ihm durch den Kopf. Während er den Rauch seiner Zigarette in dicken Wolken ausstößt, überdenkt er alles noch einmal: Ja, ich muß heut mit dem Spiech reden. Hätt ja eigentlich noch Zeit gehabt. Aber die Gretl, der Franz, macht mir sonst noch meinen ganzen Plan kaputt, wenn ich jetzt nit gleich alles ins Gleis bring.
(Fortsetzung folgt.)

den alles darangelegt, um dem bestehenden Gesetz über den Achtstundentag volle Geltung zu verschaffen. Dabei wurde bei der Bewilligung der Ueberstunden, die von 16.314.228 im Jahre 1929 auf 1.228.454 im Jahre 1932 herabgedrückt wurden, mit äußerster Strenge vorgegangen.

Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik

Die Vertreter unseres Staates haben an allen im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes abgehaltenen Beratungen teilgenommen und dem Internationalen Arbeitsamt bei seinen Bemühungen um die Herbeiführung der Lösung der großen internationalen Schicksalsprobleme, wie es vor allem die Biergestunden-Debatte ist, jedwede Unterstützung angedeihen lassen. Der Gegenseitigkeitsvertrag zwischen unserem Staate und Oesterreich auf dem Gebiete der Sozialversicherung wurde endgültig ratifiziert. Auch mit Deutschland wurde auf dem gleichen Gebiete ein endgültiges Uebereinkommen getroffen. Analoge Verhandlungen mit Frankreich, Polen, Rumänien und Jugoslawien werden in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge wurden vertragliche Abmachungen mit Frankreich getroffen. Mit Frankreich war eine solche Vereinbarung bis zur Erklärung gediehen.

Krisenerscheinungen in der Sozialversicherung

Zu den sozialen Einrichtungen, die von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffen wurden, gehört die Sozialversicherung in allen ihren Verzweigungen. Die Einnahmen der Krankenversicherungsanstalten, die noch im Jahre 1929 980 Millionen betragen, sind im Jahre 1932 auf 833 Millionen gesunken und dürften Ende des Jahres 1933 einen Tiefstand von 720 Millionen erreichen. Das Defizit der Krankenkassen belief sich Ende 1932 bereits auf 61,5 Millionen. Unter solchen Umständen ist die rascheste Sanierung der Krankenversicherung zu einer unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden.

Selbstverständlich werden die Krisenerscheinungen auch in der Alters- und Invalidenversicherung immer sichtbar. Die Zahl der Versicherten, die noch im Jahre 1929 2,2 Millionen betrug, ist im Jahre 1932 auf 1,8 Millionen gesunken. Die Einnahmen, die sich im Jahre 1929 auf 496 Millionen beliefen, haben sich im Jahre 1933 auf 339 Millionen gesenkt. Auch an der Unfallversicherung und dem Heilfonds ist die Krise nicht spurlos vorübergegangen. In der Pensionsversicherung traten die Krisenwirkungen stark in Erscheinung, doch machten sie sich bei der Allgemeinen Pensionsanstalt weniger fühlbar.

Novellierungsanträge

Die großen Schwierigkeiten, in die die Sozialversicherung durch den Krisennotstand geraten ist, machen die rascheste Vorsehrung von legislativen Hilfsmitteln notwendig. Die Novelle zur Sozialversicherung befindet sich seit Monaten bereits im interministeriellen Verfahren. Auch die Novelle zur Pensionsversicherung wurde von der ministeriellen Kommission bereits fertiggestellt. Sie soll schon in den nächsten Tagen dem interministeriellen Verfahren zugeführt werden. Inzwischen wurde auch ein Gesetzentwurf über die Anrechnung der Ansprüche der von einem Versicherungsnehmer zum anderen übertretenden Versicherten fertiggestellt. Eine aus parlamentarischen Vertretern bestehende Kommission wird schon in den nächsten Tagen mit der Beratung der genannten Novellen beginnen.

In aller Kürze sei festgestellt, daß die Sozialversicherungs-Novelle zwar eine Reihe von Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Krankenversicherung (Verlängerung der absoluten Karenzfrist von 2 Tagen auf 3 Tage, Einschränkungen der Angehörigen- und Mutterschaftversicherung) vorsieht, gleichzeitig aber für eine Reihe von Verbesserungen der Alters- und Invalidenversicherung Vorsehrung trifft, indem sie einen sogenannten Alterszuschlag normiert, durch welchen jedem Versicherten, welcher bis zum 31. Juli 1931 die Wartefrist erreicht hat, eine Erhöhung der Rente zugebilligt wird. In der Vorlage wird auch für eine Verbesserung der Witwenversorgung vorgeplant.

Die Pensionsversicherungs-Novelle beseitigt zwar die unbedingte Altersrente, führt dafür aber bei mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit die Sozialrente ein. Gleichzeitig sieht die Novelle die Abschaffung des sogenannten Anerkennungsbetrages, die Verlängerung der Schutzfrist für Arbeitslose und Erleichterungen der Bedingungen für die freiwillige Fortsetzung der Versicherung vor und unterzieht den Staatsbeitrag für die während des Krieges im Militärdienste verbrachte Zeit einer Neuregelung.

Bau- und Wohnungsfürsorge

In Rahmen des für die Staatsgarantie bestimmten Betrages von 1100 Millionen Ks und des für den Staatsbeitrag vorgesehenen Betrages von 30 Millionen wurde bis zum 31. Oktober dieses Jahres die Unterstützung für 1.649 Mietzinslöhner und für 6.249 Familienhäuser mit insgesamt 38.270 Wohnungen, 1.649 Kleinbetriebsstätten von Kleinanwerbetreibenden und 427 Wirtschaftsgewerbetreibenden und 427 Wirtschaftsgewerbetreibenden von Kleinanwerbetreibenden zuerkannt. Ueberhöht wurde die Unterstützung für weitere 103 Finanzhäuser und 306 Familienhäuser mit 1.861 Wohnungen und einem Bauaufwande von ungefähr 106 Millionen Kronen

grundsätzlich zugesichert. Gesuche um Erteilung der Unterstützung für weitere 193 Finanzhäuser und 1.121 Familienhäuser stehen zur Verhandlung. Zur Befriedigung aller dieser Anforderungen wird das Ministerium bei der nächsten Novellierung des Wohnungsgesetzes eine entsprechende Erhöhung des für die Staatsgarantie bestimmten Betrages beantragen.

Die Verschärfung der Wirtschaftsnote konnte bei den Baugenossenschaften und den anderen Bauführern, die die Unterstützung nach dem Bauförderungsgesetze angesprochen haben, nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder, die Rückforderung der dargelegenen Baubeiträge, bereitet den Genossenschaften bedeutende Schwierigkeiten, die sich schließlich dahin auswirken, daß der Staat zur Erfüllung der von ihm aus dem Titel der Garantie übernommenen Verpflichtungen herangezogen wurde. Diese Leistungen des Staates machen zum 30. Oktober d. J. alles in allem 4.600.000 Ks aus.

Die bisherigen Zahlungen des Staates machen nur ungefähr 0,35 Prozent der garantierten Darlehenssumme und etwas über 1 Prozent der vom staatlichen Wohnungsfonds garantierten Darlehen aus. Wenn man bedenkt, daß bei der Konstruktion des staatlichen Wohnungsfonds

Mieterschutz auch weiterhin notwendig

Am 31. Dezember dieses Jahres verliert das Gesetz über den Mieterschutz, über den Aufschub der exekutiven Räumung von Lokalen, über die außerordentlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge sowie über einige wichtige Bestimmungen des Bauförderungsgesetzes die Wirksamkeit.

Damit kommt das Mieterschutzproblem neuerlich ins Rollen. Das Fürsorgeministerium hält es für überflüssig, seinen zur Genüge bekannten Standpunkt zu diesem Probleme zu wiederholen, und beschränkt sich angesichts der ständig wiederkehrenden Behauptungen, als ob auf dem Wohnungsmarkte bereits normalisierte Verhältnisse beständen und die Aufrechterhaltung von Schutzbestimmungen zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Kreise vollkommen überflüssig wäre, darauf, mit aller Klarheit zu betonen, daß die für die Wohnverhältnisse der bedürftigen Schichten typischen Anzeichen der Wohnungsnot, die sich in dem Mangel an genügenden gesunden und billigen Wohnungen ausdrückt, leider ungeschwächt fortbestehen.

Das Fürsorgeministerium kann daher den in letzter Zeit mit solcher Vehemenz zur Geltung gebrachten Forderungen nach endlicher Beseitigung des Mieterschutzes absolut nicht beipflichten.

Die Regierung hat zur Beratung des Mieterschutzproblems eine parlamentarische Kommission eingesetzt, die ihre Beratungen schon in allerhöchster Zeit aufnehmen wird.

Invalidenfürsorge erhalten

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auch in der Kriegsbeschädigtenfürsorge in

Entlassung von Ausländern — ein zweischneidiges Schwert

Die Beschäftigung von Ausländern ist durch das Gesetz über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes vom 13. März 1928, sowie durch eine ganze Reihe zwischenstaatlicher Gegenseitigkeitsverträge geregelt. Die Erteilung der Beschäftigungsbewilligungen ist an gewisse geschliche Voraussetzungen geknüpft, deren Vorhandensein in jedem einzelnen Falle sorgfältig geprüft wird. Eine solche Prüfung hat aber hinsichtlich jener ausländischen Staatsangehörigen zu entfallen, die vor dem 1. Mai 1923 in die Tschechoslowakische Republik gekommen sind und sich seither ununterbrochen hier aufhalten. Sie sind in Bezug auf die Ausübung der Beschäftigung den Ausländern vollkommen gleichgestellt und erhalten hierüber eine sogenannte „Bescheinigung“. Solche Bescheinigungen wurden bis Ende 1932 47.759 ausgegeben.

Um nun ein richtiges Bild zu gewinnen, ist es notwendig, vor allem festzustellen, daß bei der Vollzählung im Dezember des Jahres 1932 alles in allem 249.962 Ausländer in der Tschechoslowakei anässig waren, davon 40.174 Reichsdeutsche, 45.688 Oesterreicher, 74.248 Polen, 32.137 Ungarn und 57.715 Angehörige der anderen Staaten. Demgegenüber hat eine von unseren ausländischen Vertretungsbehörden durchgeführte Ermittlung allein im europäischen Auslande 643.553, in den überseeischen Ländern 201.000, zusammen also 844.000 tschechoslowakische Staatsbürger ergeben, von denen 283.000 in Deutschland, 184.095 in Oesterreich, 13.000 in Polen und 15.000 in Ungarn anässig waren.

Selbst wenn wir annehmen, daß ein beträchtlicher Teil unserer im Auslande lebenden Staatsbürger zu den wirtschaftlich selbständigen Existenzen zählt, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß viele Hunderttausende unserer Staatsbürger im Auslande im Arbeitsverhältnis stehen und dem traurigsten Schicksale überantwortet werden würden, wenn ihnen die Arbeitsmöglichkeiten genommen und dadurch der Boden unter den Füßen entzogen werden würde. Was es überdies bedeuten würde, wenn sie heimkehren und unsere Arbeitslosenarmee um weitere Hunderttausende vermehren, das wollen wir lieber gar nicht zu Ende denken!

Nach den festgestellten Ermittlungen hat das Fürsorgeministerium als zweite Instanz in den

in der normalen Vorkriegszeit mit einem jährlichen Verluste von 1 Prozent der garantierten Darlehen gerechnet wurde, sind die bisherigen Ausgaben des Staates aus dem Titel der Garantie keineswegs bedeutend.

Das Fürsorgeministerium ist sich allerdings bewußt, daß die aus dem Titel der Garantie zu gewärtigenden Ansprüche an die Staatskasse eine Steigerung erfahren werden. Es muß aber eindringlich vor der in der Presse verbreiteten Nachricht warnen, daß zur Sanierung der Baugenossenschaften 200 Millionen benötigt werden, und weist diese und alle ähnlichen Nachrichten auf das entschiedenste zurück. Im übrigen hat es selbst entsprechende Sanierungsanträge vorbereitet, die keine neue Belastung der Staatskasse nach sich ziehen werden.

Regres

Zur Frage des Regresses verweist das Fürsorgeministerium darauf, daß es diese Frage bereits in dem von ihm überreichten Wohnungsgesetzesentwurf zu lösen bemüht war. Da die Finanzlage des Staates eine Beschleunigung der Lösung dieses Problems erheischt, wurde eine Kommission eingesetzt, die die endgültigen Anträge für eine Regelung des Regresses vorzubereiten haben wird.

schwerster Weise ausgewirkt. Da sich mit der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Lage der Invaliden verschlimmerte, mußte das Fürsorgeministerium die größten Anstrengungen machen, um mit Hilfe der charitativen Fürsorge in gewissen sozial trassen Fällen helfend beizutreten zu können.

Im übrigen mußte das Fürsorgeministerium seine Kräfte darauf einwirken, daß an der bestehenden gesetzlichen Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht gerüttelt wird, und daß der Kreis seiner Schutzgesohlenen und das Ausmaß der gesetzlich normierten Leistungen unberührt bleibt. Angesichts der betrieblichen Lage der Kriegsbeschädigten war es dem Fürsorgeministerium eine Verpflichtung, daß seine Bemühungen von Erfolg begleitet waren.

Jugendfürsorge

Die Arbeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge stand vor allem im Zeichen der durch die Krise vorgezeichneten Aufgaben. Da angesichts der finanziellen Schwierigkeiten an einen Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen nicht zu denken war, mußte das Fürsorgeministerium die größten Anstrengungen machen, die bestehenden Grundlagen der Jugendhilfe unberührt aufrecht zu erhalten und sie so den gesteigerten Aufgaben dienstbar zu machen. Dabei ist das Fürsorgeministerium ununterbrochen bemüht, die von ihm seit langem angestrebte vollständige Vereinheitlichung der Fürsorgearbeit im ganzen Staatsgebiete zu erzielen. Leider steht der Verwirklichung der Absichten des Fürsorgeministeriums die schrumpfenden finanziellen Möglichkeiten im Wege.

Daß das Fürsorgeministerium vor allem seine Hauptaufgabe darin erblickt wird, die ihm ressortmäßig anvertrauten Interessen der Bevölkerungsschichten, die in den Verbraucherorganisationen organisiert sind, in wärmster Weise wahrzunehmen, muß nicht erst betont werden, ebenso wie seine Bereitwilligkeit, bei der Lösung der ihm zugewiesenen Aufgaben den engsten Kontakt mit den Verbraucherorganisationen zu pflegen. Zu diesem Behufe wird das Fürsorgeministerium schon in der aller nächsten Zeit einen Beirat aus Vertretern der Verbraucherorganisationen konstituieren. Auch die Einsetzung von Landeswirtschaftsräten ist in Aussicht genommen.

Trotz der sich gewaltig aufstürmenden Schwierigkeiten wurde das Fürsorgeministerium in keinem Augenblicke seines Ringens um die Besserstellung der Lage der wirtschaftlich schwachen Schichten müde, immer und immer wieder aufzuzeigen, daß im Bereiche der Sozialpolitik, deren Zielbewußtheit, Leistungsfähigkeit und Verehrlichkeit in der wirtschaftlichen Notzeit über das Schicksal der kommenden Generation und des ganzen Volkes entscheidet, die Bahn für aufbauende Arbeit freigelegt werden muß. Diese Erkenntnis zum Gemeingut aller entscheidenden Faktoren zu machen, den Finger an die wundeste Stelle unseres Volkstörpers zu legen und auf ihre rascheste Gesundung hinzuwirken, das erscheint uns jetzt das Gebot der Stunde!

Nach ganztägiger Debatte wurde die Aussprache über die sozialpolitische Gruppe des Budgets gegen Mitternacht durch ein Schlupfwort des Genossen Dr. Czech beendet, das wir im Auszug noch in der morgigen Ausgabe nachtragen werden.

Der Existenzkampf der Bahnen

Eisenbahnminister Běchyně befaßte sich in seinem Exposé ausführlich mit den Ursachen der starken Passivität der Eisenbahnen. Im Gefolge der Krise sind die Einnahmen aus dem Frachtenverkehr im Vorjahr gegenüber dem Jahre 1929 um 38,8 Prozent zurückgegangen, während der Rückgang der industriellen Produktion in derselben Zeit 60 bis 70 Prozent beträgt. Der Rückgang der Einnahmen aus dem Frachtenverkehr beträgt in derselben Zeit in Belgien 36,4, in Frankreich 24,1, in Italien 38,1, in Deutschland 50,4, in Oesterreich 35,5, in der Schweiz 20,9 und in England 23,8 Prozent.

Ueber die Betriebs-, bzw. Bilanzverluste der Bahnen anderer Länder gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Land	Betriebskilometer	Betriebsverlust in Millionen Ks	Bilanzverlust in Millionen Ks
Tschechoslowakei	11.400	552	892
Belgien	4.800	159	269
Frankreich	42.400	495	4.730
		Gewinn:	
Italien	16.900	378	583
Deutschland	53.900	538	2.484
Schweiz	3.020	372	353

Der Einfluß der Automobilkonkurrenz läßt sich infolge des Fehlens einschlägiger Statistiken schwer erfassen; daß dieser ungünstige Einfluß jedoch sehr erheblich ist, kann nicht bezweifelt werden. Das Gesetz über die Motorfahrzeuge erfüllt allmählich seinen Zweck, in den Straßenautomobilverkehr Ordnung hineinzubringen. Mit 1. Jänner 1934 gehen die bisherigen Postautolinien auch organisatorisch vollkommen im Autobusdienst der Staatsbahnen auf; dann soll der gesamte Autobusverkehr der Staatsbahnen zweckentsprechend reorganisiert werden.

Hinsichtlich des Lastentransportes durch Motorfahrzeuge soll eine Zusammenarbeit mit den Speditionsorganisationen der Spediteure gefunden werden; die Verhandlungen nehmen bereits konkrete Formen an.

Die Tarifreform

Mit 1. Jänner 1934 tritt der neue Tarif für Personen-, Gepäck- und Gültgutbeförderung in Kraft. Er beinhaltet eine nach Entfernungen abgestufte Fahrpreiskalkulation unter Berücksichtigung der geographischen Konfiguration des Staates und der Kaufkraft der Bevölkerung. Die Verabschiedung beträgt bei der Personenbeförderung 6 bis 12, bei der Gepäckbeförderung 6 bis 22 und bei Gültgutbeförderung 25 bis 50 Prozent. Die Schnellzugzuschläge werden um 12 bis 25 Prozent gesenkt; außerdem wird die Benützung der höheren Wagenklassen verbilligt. Für die neuen Sitzüge werden die Zuschläge etwa die Hälfte der Schnellzugzuschläge betragen. Die Tarifermäßigungen, die sich bewährt haben, bleiben unverändert, andererseits sollen neue Ermäßigungen eingeführt werden, die auch den minderbemittelten Klassen weitere Vorteile bei wiederholten, bzw. bei touristischen Reisen bieten sollen.

Die Eisenbahnerverwaltung unternimmt damit einen bedeutsamen deflationistischen Schritt; der finanzielle Ausfall sei weitreichend und könne nur durch eine Zunahme des Verkehrs, bzw. durch eine Verschärfung der Sparmaßnahmen aufgewogen werden.

Der Minister referierte dann noch ausführlich über die durchgeführten organisatorischen Änderungen und Bemühungen nach Rationalisierung des Betriebes und gibt der Erwartung Ausdruck, daß diese Bemühungen schließlich von Erfolg gekrönt sein werden.

Jahren 1930, 1931 und 1932 alles in allem 1093 Beschäftigungsbewilligungen erteilt, von denen 266 auf Künstler, Gelangsdichter und Artisten, 70 auf Krankenwärter entfielen, in den ersten 9 Monaten des Jahres 1933 insgesamt 165, worunter 79 auf Schauspieler, Künstler, Artisten entfielen.

Ich glaube, daß diese Klarstellung vollständig genügt, um einer etwaigen Legendenbildung über die Arbeit des Fürsorgeministeriums auf dem ebengedachten Gebiete ein Ende zu bereiten.

Von 1928 bis Ende 1932 ist an Gebühren für die Beschäftigung von Ausländern ein Betrag von 8,4 Millionen Ks in die Staatskasse geflossen.

Verbraucherschutz

Das Gesetz vom 12. Juli betreffend die Auflassung des Ernährungsministeriums hat den ohnehin außerordentlich angewachsenen Wirkungsbereich des Fürsorgeministeriums sehr erheblich vermehrt. Es wurde ihm gleichzeitig auch der Verbraucherschutz als eine neue und selbständige Aufgabe in einem über den seinerzeitigen Wirkungsbereich des Ernährungsministeriums hinausgehenden Maße übertragen. Allerdings muß das Fürsorgeministerium dabei gleichzeitig mit aller Offenheit zum Ausdruck bringen, daß es seiner neuen Aufgabe nicht in vollem Maße gerecht zu werden vermag, da die mit dem Verbraucherschutz aufs engste verbundenen Agenden der Preispolitik dem Innenministerium übertragen wurden. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als die Bedeutung des Konsumentenschutzes im öffentlichen Leben immer mehr zunimmt und die Erkenntnis dieser Tatsache immer größere Kreise gewinnt.

Es ist auch unsere Ueberszeugung, daß das Interesse der bedürftigen arbeitenden Schichten, die den Großteil der konsumierenden Bevölkerung ausmachen, fortan immer mehr zur Geltung gebracht werden und sich im Wirtschaftsleben immer zwingender durchsetzen muß. Darum redet das Fürsorgeministerium bei jeder Gelegenheit der Hebung der Kaufkraft der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung das Wort und strebt gegen jeden Verlust der Schwächung dieser Kaufkraft, die jeder Lohnabbau nach sich zieht, seine warnende Stimme.

Um den deutschen Sender

Der schwerhörige Postminister

Postminister Dr. Franke konnte mitteilen, daß die Einnahmen aus den Postgebühren heuer immerhin nur um 7,5 Prozent zurückgegangen sind. Nur im Radio zeigt sich nicht der ungünstige Einfluß der Krise, denn die Zahl der Radiokonzessionäre ist ständig im Steigen und überschreitet seit März schon die Zahl von einer halben Million.

Der Minister konstatiert, daß das Verbot der öffentlichen Verbreitung inhaltlich anstößiger Radioprogramme wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen habe.

Zur Frage eines eigenen deutschen Radiosenders erklärte der Minister, daß dies ein „staatspolitisches“ Problem sei, das von allen, auch den politischen Faktoren, ausschließlich von diesem Standpunkt beurteilt werden sollte. Es sei auch ein koalitionspolitisches und ein technisches Problem angesichts der territorialen Verteilung der deutschen Bevölkerung. Auch die finanzielle Seite sei in Betracht zu ziehen, ebenso die internationalen Schwierigkeiten mit der Aufteilung der Wellen.

Was das Programm betrifft, so kommt man den deutschen Wünschen entgegen, weil man es vom staatspolitischen Standpunkt für selbstverständlich halte, den deutschen Hörern die Möglichkeit zu geben, die tschechoslowakischen Sender zu hören, und sie nicht dazu zu bringen, sich andere Sender anzuhören.

Der Minister kündigte weiters eine Vorlage über den Strömungsschutz des Rundfunkempfangs an; dabei soll sowohl auf die Interessen der Starkstromindustrie wie auf die Arbeiter Rücksicht genommen werden, die in dieser Angelegenheit vom Elektrotechnischen Verband durchgeführt werden. Man müsse dabei an die gegenseitige Verständigungsbereitschaft und an den guten Willen aller beteiligten Kreise appellieren, um endlich zu einer zweckmäßigen Lösung zu gelangen.

An Rundfunkgebühren wird seit 1924 bis zum heurigen Jahreschluss ein Betrag von 280 Millionen eingenommen werden; davon entfallen auf das Radijournal 133 und auf die Post 147 Millionen. Davon verbrauchte die Post rund 86 Millionen für Betriebsausgaben, so daß der Post für Rundfunkinvestitionen 60,8 Millionen übrig bleiben. Die Investitionen betragen bisher aber 79 Millionen. Die Postverwaltung habe also nach Abrechnung gewisser Referaten immerhin noch 68 Millionen zum Ausbau des Rundfunks beigesteuert. Erst zu Ende des nächsten Jahres wird nach dem Vorschlag ungefähr die Differenz ausgeglichen werden; dann werde die Postverwaltung immer noch keinen Nutzen aus dem Rundfunk haben, wie vielfach fälschlich behauptet wurde.

Exposé des Gesundheitsministers

Gesundheitsminister Dr. Spina befahte sich mit einer Reihe aktueller Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens und besprach einige auf diesem Gebiet vorbereitete Gesetzesentwürfe, bezw. Verordnungen. In diesem Zusammenhang erwähnte er u. a. die Novellierung des Gesetzes über die Zahnheilkunde, die Frage der Apothekerverantwortung und die biologische Kontrolle von Heilmitteln.

Von den ansteckenden Krankheiten erregt namentlich die Diphtherie Befürchtungen. Im Vorjahr wurden fast 32.000 Erkrankungsfälle registriert, von denen 1555 tödlich verlaufen. Auch heuer dürfte die Morbidität nicht günstiger sein, trotzdem beschließensmäßig umfassende Maßnahmen, wie Schutzimpfungen und dergleichen, durchgeführt wurden.

Von Krankenhäusern wurde im Rahmen des Staatskrankenhauses in Weinberge der Bau eines neuen chirurgischen Pavillons ausgeführt. Im dem Projekt über den Umbau des Allgemeinen Krankenhauses in Prag ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als wegen des Raummangels im Zentrum von Prag beschlossen wurde, einen Teil der Neubauten auf das linke Moldauufer zu verlegen. Mit der Stadtgemeinde werden Verhandlungen über den Erwerb von Grundstücken in Motot geführt.

Der Herabsetzung der Tarife in den öffentlichen Heilanstalten widmen sowohl der Staat wie die autonomen Körperschaften ihre volle Aufmerksamkeit.

Werbung für die SA

Am 21. November. Vor dem Senat des Amüher Kreisgerichtes wurde heute nach zweiseitiger geheimer Verhandlung der Prozess gegen 12 Angehörige der ehemaligen nationalsozialistischen Partei in Nordmähren abgeschlossen, welche des Verbrechens nach dem Gesetz zum Schutze der Republik angeklagt waren. Die Anklage lautete auf Verbindung mit der SA in Deutschland und Agitation für den Eintritt in diese Formation unter der Bevölkerung im Mähr.-Schönberger Bezirk. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen, zwei Angeklagte wurden zu Kerkerstrafen im Ausmaß von drei Monaten und einer zu sieben Monaten Kerker verurteilt. Sämtliche Angeklagten haben bis auf einen die Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt und wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Gegen den freisprechenden Teil des Urteils legte die Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde ein.

Entlarvte Auslandspropaganda

Neue Enthüllungen des „Petit Parisien“

Paris, 22. November. Unter dem Titel „Das wahre Gesicht der heutigen Machthaber in Deutschland“ führt heute der „Petit Parisien“ in der Veröffentlichung von Dokumenten der Hilterschen Propaganda fort. Heute veröffentlicht das Blatt eine „Sonderinstruktion“, die den Agenten der deutschen Auslandspropaganda über den Abgang Deutschlands aus dem Völkerbunde und von der allgemeinen Abrüstungskonferenz zugesandt worden ist.

In diesem Dokument, als als „streng vertraulich“ bezeichnet und bloß für die Propagandavorkände bestimmt ist, wird ausgeführt, Deutschland erwarte ein definitives Scheitern der allgemeinen Abrüstungskonferenz, um damit der Welt öffentlich kundzutun, daß es sich nicht mehr gebunden fühle durch die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages. Deutschland stellt sich gegen jedwede Kontrolle der Rüstungen auf so lange Zeit, als Frankreich sein Gegner sein werde. Die deutsche Auslandspropaganda muß demnach ständig mit der Möglichkeit einer öffentlichen Kundgebung rechnen, daß sich Deutschland durch die Bestimmungen des Versailler Vertragsdiktates nicht mehr gebunden fühle.

In dem Dokument werden hierauf ausführliche und genaue Anweisungen erteilt, auf welche Art und Weise die deutsche Propaganda im Auslande bei jeder Gelegenheit in die Meldungen geschickt ein Mißtrauen gegenüber dem Versailler Friedensvertrag einfließen solle. In diesem Dokument wird weiters unter anderem ausgeführt: Deutschland wird auch weiterhin behaupten, daß es den Krieg nicht wolle, daß es den Frieden wünsche, in dem es die gleiche Sicherheit finden würde, wie die übrigen Staaten und

der ihm eine Territorialrevision des Friedensvertrages geben würde.

Der „Petit Parisien“ bezeichnet dieses heutige Dokument als das überführteste von allen bisher veröffentlichten.

Lügt, daß sich die Balken biegen!

Paris, 22. November. (Saba.) In dem Dokument über die deutsche Propaganda, das heute vom „Petit Parisien“ veröffentlicht wird, wird ausgeführt:

„Wir konnten den französischen und den britischen Standpunkt in Genf, der auf Meldungen begründet war, die der französischen Regierung durch ihre Geheimagenten in Deutschland überhandt worden waren, in denen in der Hauptsache über Geheimrüstungen Deutschlands und über eine allgemeine Vorbereitung Deutschlands auf einen neuen militärischen Konflikt die Rede ist. Wir wußten auch, daß die deutschen Emigranten französischen Agenten Dokumente übergeben, die die deutsche Militärorganisation betrafen und daß ehemalige Abgeordnete des aufgelösten deutschen Reichstages unseren Gegnern auch streng vertrauliche Informationen mitgeteilt haben, die in den deutschen Parliamentsausschüssen gemacht worden sind. Diese Informationen erteilten ehemalige Regierungsmitglieder den Ausschüssen des ehemaligen Reichstages. Es ist weder möglich, noch notwendig, sich mit den Einzelheiten dieser Dokumente zu beschäftigen, die auf diese Art und Weise den Feinden Deutschlands zur Disposition gegeben worden sind, jedoch verleiht es sich ganz selbstverständlich, daß die deutsche Auslandspropaganda verpflichtet ist, sie als lügenhaft zu bezeichnen...“

Hilser gibt ein Interview und ein „Ehren“-Wort

Hilser gewährte dem Berliner Berichterstatter des Pariser „Matin“ eine Unterredung, in der er u. a. mitteilte, daß Deutschland nie mehr nach Genf zurückkehren werde. Diese Entscheidung stimme mit den Wünschen des Volkes überein, wie die Abstimmung vom 12. November beweise. Nach der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland werde es zwischen Frankreich und Deutschland kein Streitobjekt mehr geben, denn auf Elsaß-Lothringen hätten die Nationalsozialisten ja schon verzichtet. Er, Hilser, sei bereit, die Sicherheit Frankreichs zu garantieren; darauf gebe er sein Wort und er habe die Gewissheit, es zu halten.

Dazu ist folgendes zu sagen:
1. Die Volksabstimmung im Konzentrationslager Deutschland kann und darf von der Welt nicht zur Kenntnis genommen werden. Man hat Sklaven an die Urnen getrieben, „Ja“-Stimmen erzwungen und, soweit dies nicht gelang, das Wahlergebnis gefälscht.

2. Der Verzicht der Nationalsozialisten auf Elsaß-Lothringen stimmt nicht überein mit den Sätzen des noch geltenden nationalsozialistischen Parteiprogramms, nach denen die Nazis nicht bereit sind, auf die Deutschen in den an Deutschland grenzenden Ländern zu verzichten. Darauf hat „Petit Parisien“ erst vorgestern hingewiesen.

3. Daß Hilser die Gewohnheit hat, Wort zu halten, ist durch ihn selbst widerlegt. Es sei nur an den Münchener Butsch erinnert. Es ist aber überhaupt zu bezweifeln, daß er die Fähigkeit hat, ein Ehrenwort zu geben: an seinen Händen klebt das Blut Tausender Ermordeter und Zer Schlagener, er ist belastet mit der Verantwortung für die Konzentrationslager und für all die Unmenschlichkeiten, die Deutschland aus der Liste der zivilisierten Länder strichen. Einer der Seinen hat den Bruch des Ehrenworts sogar zu einem nationalsozialistischen Programmpunkt erhoben!

Die Welt bedauert sich, wenn sie mit Hilters politisch zu diskutieren beginnt. Hilters und seine Herrschaft über Deutschland — das ist ein sittlich-kulturelles Problem. Darum können seine politischen Ausführungen wohl registriert, aber nicht zur Kenntnis genommen werden. Mit Deutschland kann man erst diskutieren, wenn es, wie vor kurzem ein großer Franzose sagte, zur Menschlichkeit zurückgekehrt sein wird.

Wie Goering begann

Der Morphinst, der Dimitrow im Gerichtssaal beschimpfte und gegenwärtig Herr über Preußen ist, kam nur durch einen Zufall, bzw. durch die Freigiebigkeit Hitlers hoch.

Goering hatte an dem Münchener Butsch teilgenommen und wurde auf dem Ideonspaly verwundet. Sein Idealismus ging so weit, daß er die NSDAP nach der Rückkehr von seiner Flucht wegen der Verwundung auf Schadenersatz klagen wollte. Gregor Strasser, der damals noch Organisationsleiter der NSDAP war, kam ob dieser Unerschämtheit Goerings in Maseren. Aber Hitler fürchtete einen öffentlichen Skandal und verwies darauf, daß die Partei kein Geld zur Bestriedigung der Goeringischen Wünsche habe. Es werde, meinte er, darum das Beste sein, ihm ein Abgeordnetenmandat zu geben. So wurde denn der Morphinst im Jahre 1929 Abgeordneter.

Dies ist der Weg Goerings in die Politik, des Mannes, der der Welt einreden möchte, daß er Deutschland vom Untermenschentum befreien wolle.

Verdacht, mit „Nein“ gestimmt zu haben

Braunschweig. (Zupreh.) Die nationalsozialistische „Braunschweiger Tageszeitung“ teilt mit: In Stadtholtdorf wurden vier Arbeiter in Schubhaft genommen, da sie im Verdacht standen, bei der Volksabstimmung am Sonntag mit „Nein“ gestimmt zu haben, oder der Abstimmung ferngeblieben zu sein... Die vier Arbeiter sind in ihrem eigenen Interesse in Schubhaft genommen worden. Man fürchtete, daß Täuschlichkeiten entstehen könnten.

Mahlzeit!

„Die Verfügung des Herrn Generaldirektor vom 15. Juli 1933 — 2 Oa 2 — ist mit Diensttelegramm Nr. 245 vom 15. Juli 1933 bekanntgegeben worden.“

Die für den Bahnschutz geltenden besonderen Vorschriften — zu vgl. Schlussabfah der Verfügung des Herrn Generaldirektors vom 17. Oktober 1933 — wurden dem Bf mit Verfügung vom 18. Oktober 1933 — 14 Ab — mitgeteilt.

Im Anschluß an vorstehende Verfügung wird ergänzend bemerkt, daß es unzulässig ist und eine Herabwürdigung dieses Grades bedeutet, wenn er, wie öfters beobachtet, mit Ausdrücken wie „Mahlzeit“ u. a. geboten wird.

Wer den stammeln, durch Erheben des rechten Armes dargebrachten Gruß durch Worte bekräftigen will, darf nur die Worte „Heil Hitler“ hinzufügen.“
(Aus einer von Dazpmüller gezeichneten Verfügung der Reichsbahndirektion.)

Rückgang der Arbeitslosenziffer im Dritten Reich amtlich w. d. r. e. g. l. e. g.

Seit dem 5. März 1933 konnte man alle Tage lesen und durch die Radiobereiche über die Wirtschaftslage Deutschlands auch hören, daß die Arbeitslosenziffer in Deutschland täglich geringer werde und den offiziellen Berichten über die Situation des Arbeitsmarktes war schon im Juni d. J. zu entnehmen, daß seit Übernahme der Regierungsgewalt durch die Hakenkreuzler, eine Verminderung der Arbeitslosen um zwei Millionen zu verzeichnen sei. In der Zeitschrift „Bauen, Siedeln, Wohnen“, die jetzt im Verlage der Deutschen Arbeitsfront, Berlin, erscheint, wird in der letzten Ausgabe u. a. über die Zunahme des Arbeitseinkommens geschrieben und festgestellt, daß im dritten Quartal 1933, also in den Monaten Juli, August und September zum erstenmal das Arbeitseinkommen in diesem Jahre wieder etwas höher gewesen sei als im Vorjahre. Und ausdrücklich wird gesagt: „Im zweiten Vierteljahr 1933 hatte das Arbeitseinkommen gerade den Stand von 1932 erreicht.“ Da in der gleichen Notiz erklärt wird, daß Löhne und Gehälter seit April d. J. unverändert geblieben seien, daß weiter auch die tägliche Arbeitszeit des einzelnen zugenommen habe, woraus doch gleichzeitig eine Vergrößerung des Einkommens geschlossen werden muß, kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß im zweiten Quartal 1933 die Zahl der Arbeitslosen, wenn nicht größer, so doch auch nicht geringer als die des gleichen Zeitraumes im Vorjahre war, oder daß in der Zeit, da die Machthaber des Dritten Reiches in alle Welt hinausriefen: „Hitler schafft Brot!“ wie nun das Statistische Staatsamt Deutschlands einwandfrei bekanntgibt, weit weniger Menschen in Werkstat und Fabrik tätig waren, als je zuvor!

Verlagung in Genf

Die technischen Ausschüsse arbeiten

Genf, 22. November. Nach längeren privaten Beratungen der Staatsmänner in Genf wurde heute nachmittag eine Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz einberufen.

Henderson schlug dem Präsidium der Konferenz vor, die gegebene Situation in Betracht zu ziehen und die weitere Verschiebung des Hauptaufschusses bis Mitte Jänner des kommenden Jahres nach der Sitzung des Völkerbundes anzunehmen. Ein genaues Datum wird noch von Henderson, von Polkiss und Dr. Venet festgesetzt werden.

Henderson führte sodann aus, daß die Arbeiten der Allgemeinen Abrüstungskonferenz durch die Bemühungen einiger Staaten, insbesondere durch die Anwendung diplomatischer Mittel erleichtert werden könnten. Inzwischen werden der Vorsitzende der Konferenz Henderson, der Vorsitzbestellvertreter Polkiss und der Generalsekretär Dr. Venet entscheiden, bis zu welchem Maße die Arbeiten des technischen Ausschusses fortgeschritten sollen.

Der Bericht Hendersons wurde vom Präsidium ohne weitere Diskussion angenommen.

Die Delegationsführer werden heute abends Genf verlassen. Es werden nur die zur Bezeichnung der beiden technischen Ausschüsse notwendigen Delegierten in Genf zurückbleiben. Diese Ausschüsse, von denen sich der eine mit der Frage der Umwandlung der kontinental-europäischen Heeresorganisationen und der andere mit dem Problem der Kontrolle befaßt, sollen vorderhand die angefangenen Beratungen weiterführen. Präsident Henderson wird ebenfalls Genf nicht verlassen.

Opposition gegen Inflation

Der Finanzminister des amerikanischen Staatsamtes zurückgetreten.

Washington, 22. November. (Reuter.) Der Finanzberater des Schahamies Sprague ist zurückgetreten. Sprague erklärte, er erwarte, daß es zu einer Inflation kommen werde. In einem Brief, den er dem Präsidenten Roosevelt sandte, erklärte Sprague, er trete zurück, weil er nicht mit der Währungspolitik, die in der letzten Zeit eingeschlagen wurde, übereinstimme. Das einzige Mittel, wie gegen die Tendenz für eine unumkehrbare Inflation gekämpft werden könnte, sei, seiner Ansicht nach, die öffentliche Meinung zu organisieren. Und gerade deshalb, eine derartige Bewegung ins Leben zu rufen, verlosse er seinen Posten. Sprague spricht die Überzeugung aus, daß die Entwertung des Dollars durch die Goldkäufe im Auslande nicht aufgehoben werden könne.

Roosevelt hat die Demission angenommen. Der Sekretär des Präsidenten erklärte, die Demission Spragues werde keinerlei Einfluß auf das Rooseveltsche Währungsprogramm ausüben.

Englische Nachwahlen

London, 22. November. (Reuter.) Bei den Ergänzungswahlen in das Unterhaus im Bezirk Rusholm (Manchester) wurde der konservative Radford mit 13.904 Stimmen gewählt. Der Labourist Woods erhielt 11.005 Stimmen und der Unabhängige Liberale MacDougall 2503 Stimmen. Die Mehrheit der Konservativen ist sehr zurückgegangen.

Bei den Nachwahlen im Wahlkreis Rutland-Stamford wurde der konservative Kandidat Lord Willoughby mit 14.605 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Arbeiterpartei erhielt 12.808 Stimmen.

Spanische Sozialisten

gegen Wahlkoalition mit den Radikalen.

Madrid, 22. November. Der Vollzugsausschuss der sozialistischen Partei hat eine Wahlkoalition mit der radikalen Partei Ferrrouz bei den engeren Wahlen abgelehnt. Er erklärte, er mache die radikale Partei dafür verantwortlich, daß sie die sonntäglichen Ergebnisse und den Sieg der Rechtsparteien erleichtert habe.

Landbund gegen Starhemberg

Wien, 22. November. Gestern abends erschienen der frühere Vizkanzler Ing. Winkler, Minister Dr. Kerber, Staatssekretär Dr. Glaf sowie die Nationalräte des Landbundes Thoma und Dewath beim Bundeskanzler Dr. Dollfuß, um die neuerlichen Angriffe Starhembergs gegen den Landbund und die nationalsozialistische ständische Front zur Sprache zu bringen. Die Besprechung der Landbundesführer mit dem Bundeskanzler dauerte bis in die späten Nachtstunden; ihr Resultat ist noch nicht bekannt.

Kuckuck
Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Unser Standpunkt zum Kapitel Landwirtschaft

Bei der Verhandlung der landwirtschaftlichen Kapitel im Budgetausschusse ergriff Abgeordneter Genosse Jatsch das Wort und wandte sich scharf gegen den von den beiden agrarischen Parteien eingebrachten Antrag auf Einführung einer Margarinesteuer. Eine solche Mehrbelastung würde nur eine weitere Konsumeinschränkung herbeiführen.

Zu den Plänen des Landwirtschaftsministers Sodza auf Neuregelung der Anbauflächen forderte Redner eine gebührende Berücksichtigung der Gebirgslandwirte und betonte, daß solche Maßnahmen nur im engsten Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Interessenten getroffen werden können. Zu diesem Zwecke ist die

Ausgestaltung der Bundeskulturräte unerlässlich.

Genosse Jatsch appelliert an den Minister, in dieser Frage endlich die Initiative zu ergreifen. Redner stellt weiter fest, daß die Pachtverordnung der landwirtschaftlichen Kleinpächtern eine Entlastung bereitet hat. Er fordert die Ausgestaltung der Verordnung im Sinne eines Rindungsschubes zu mindestens für die außerordentlichen Krisenverhältnisse. Hinsichtlich der

Zudermwirtschaft

stellte Redner fest, daß der Widerstand in der Bevölkerung gegen die untragbaren Monopolpreise im Wachsen begriffen ist. Vor einer durchgreifenden Regelung dieses Problems wäre die Lösung des inländischen Konsums durch eine Sofortmaßnahme möglich, nämlich die Ueberlassung von Zucker zu Exportpreisen an Schulkinder und für die Auspeilung von Arbeitslosen. Genosse Jatsch bedauert, daß in diesem Jahre die Brotaktion eingeschränkt werden soll und verlangt ihre Fortführung auch im Interesse der Roggenproduzenten. Zum Kapitel Staatsforstverwaltung betont er,

daß die Sparfahigkeit eine soziale Grenze beim Existenzminimum der Forstarbeiter haben müsse.

Wir legen Wert darauf, daß bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse grundsätzlich die Gewerkschaften zur Mitbestimmung herangezogen werden. Redner urgiert ferner die Errichtung eines sozialen Beirates bei der Staatsforstverwaltung und verlangt eine Vertretung der organisierten Forstarbeiter im Holzhandel. Hinsichtlich der Bodenreform setzt er sich für die Aufteilung lebensunfähiger Restgüter an die bodenständigen Kleinbewerber ein.

Abschließend konstatierte Genosse Jatsch, daß Sozialpolitik und eine gesunde Agrarpolitik keine einander ausschließenden Begriffe sind. Die Krise hat die Verbundenheit des Schicksals aller werktätigen Schichten gelehrt und wir sind bereit, darauf die Konsequenzen zu ziehen, wenn auch auf der anderen Seite ein entsprechendes Verständnis für die sozialpolitischen Notwendigkeiten an den Tag gelegt wird.

Benleins Hintermänner

In der „Prager Presse“ vom 19. November werden über den sudetendeutschen „Volkstreiter“ Benlein und seine Hintermänner recht bezeichnende Dinge berichtet. Dort heißt es u. a.:

Ueber den Geist, der im Deutschen Turnverband herrscht und übrigens aus den letzten Hefen der Tschekischer Turnzeitung bekannt ist, erfahren wir einige Einzelheiten, welche einen Blick hinter die politischen Kulissen des Turnverbandes gestatten. Eine satirisch bekannte Tatsache ist es, daß der Turnverband mit seinem früheren Turnwart Konrad Benlein an der Spitze mit dem Kameradschaftsbund Beziehungen aufrecht hielt. Bekannt ist es auch, daß der Kameradschaftsbund eine ähnliche Schöpfung vorstellt wie der preussische Herrenklub, der auf die politische Umgestaltung Deutschlands entscheidenden Einfluß ausgeübt hat. In ähnlicher Weise sucht auch der Kameradschaftsbund, eine geheime, wehrlos nicht angemeldete Organisation, die sudetendeutsche Politik unter Einfluß zu nehmen. Den Vorsitz im Kameradschaftsbund führt Dozent Dr. Walter Heinrich, der heute in Wien wirkt ein gebürtiger Böhmisches-Leipaer, Gehilfe Prof. O. Spann's in Wien. Prominente Mitglieder des Kameradschaftsbundes aus der Tschekoslowakei sind der Führer der Deutschnationalen Konrad Benlein, der geweseene Dienwart des Deutschen Turnverbandes Dr. Brand, ferner Ing. Kunz aus Brünn, der am Führer der sudetendeutschen landwirtschaftlichen Jungmannschaft, der gegen den Bund der Landwirte arbeitet und erster politischer Regisseur Amtsleiter Kunz vom deutschpolitischen Arbeitsamt in Prag. Der Kameradschaftsbund entspringt sich bei näherem Zusehen als eine Art illegale Mafia, welche vor allem auch die deutsche Landbevölkerung geistig beeinflusst hat und auf eine Unterstellung der deutschen Jugend unter Benlein hinarbeitete. Ebenso hat der Kameradschaftsbund den Deutschen Turnverband unter seinen Einfluß genommen. Daher der Geist im Deutschen Turnverband, der von nationalsozialistischen Professoren in Wien geäußert wurde. Ein weiteres Mitglied des Kameradschaftsbundes ist der aus Warndorf gebürtige Ing. Eberhard Bürger, der geweseene Leiter der Bauernschule in Allersdorf, der später nach Preussisch-Schleien übersiedelte.

Konrad Benlein zeigt sich in diesem Kreis als der Gefangene seiner Umgebung. Er schwankt gegenwärtig zwischen Standespartei und Volkspartei. Die wirklichen Regisseure seiner Aktion sind aber im Kameradschaftsbund zu suchen, der Benlein vorgeschoben hat, um eine „überparteiliche Bewegung“ zu gründen.

Graf Helldorf zündete den Reichstag an

Wien, 22. November. Der ehemalige nationalsozialistische Abgeordnete Stefan Ghu behauptete, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, gestern in einer Versammlung in den Dreiecksgässen im vierten Bezirk, daß der derzeitige Potsdamer Polizeipräsident Graf Helldorf den Auftrag zur Reichstagsbrandstiftung gegeben hätte und der Berliner Gruppenführer Ernst mit ausgewählten Leuten seiner drei Stürme die Brandstiftung verübt habe. Ghu will selbst eine kleinere Brandstiftung der SA-Leute miterlebt haben.

Die „Aktion“

Eine durch Prag reisende Berlinererin teilt uns mit:

„Es steht fest, daß die Berliner Polizei von ihrem obersten Chef — dem Ministergeneral Goering — bereits vor dem Brand informiert worden war, am 27. Feber abends 20 1/2 Uhr werde eine „Aktion“ stattfinden; die Polizeireviere waren auf diese „Aktion“ vorbereitet.

Am Abend des 27. Feber 1933 — es war 10 1/2 Uhr — besuchte ich das Polizeirevier 72, Wörthergasse, im Nordosten Berlins, um meinen Reisepaß in Empfang zu nehmen. Beim Betreten der Wachtube war ich erstaunt, herrschte doch eine Aufregung dort, die vollkommen unbegreiflich war. Diese Unruhe währte solange bis der Polizeihauptmann und Reviervorsteher Müller — ein strammer Nationalsozialist — die

Anweisung gab, daß die Polizeistreifen bis 8 1/2 Uhr wieder die Straßen betreten sollten, da dann erst die „Aktion“ beginnen sollte. Darauf verließen die Polizeibeamten die Wache.

Mir war unerklärlich, welche Aktion am gleichen Abend stattfinden sollte, war mir doch bekannt, daß die Umgehung der Wache von Nationalsozialisten beherrscht wurde und keinerlei Aktionen von kommunistischer oder sozialdemokratischer Seite dort bekannt sein konnten. Der „Zusatz“ wollte es, daß bald darauf das Reichstagsgebäude zu brennen und die Massenverhaftungen marxistischer Funktionäre begann. Von welcher Seite war der Polizeihauptmann Müller von der bevorstehenden „Aktion“ benachrichtigt worden? Sollte er von den gleichen Ahnungen verfolgt worden sein, die dem SA-Führer Helldorf schon vor dem Ausbruch des Brandes das brennende Reichstagsgebäude und die herumsausende Feuerwehr vorgaukelte?

Ein neuer Wahlsieg in der Schweiz

Lausanne. — Sp. — Am Sonntag fanden in der Waadt die Gemeindevahlen statt, die unter außerordentlich starker Beteiligung vor sich gingen.

Der schönste Erfolg ist die Eroberung einer sozialistischen Mehrheit im bisher bürgerlichen großen Industrieort Renens, wo die Sozialdemokraten 629 Stimmen, der nationale Block 503 Stimmen erhielten.

In Lausanne hat die Sozialdemokratische Partei 7092 Stimmen erhalten, was gegenüber den Großratswahlen in diesem Frühjahr eine Zunahme von 700 Stimmen bedeutet. Da-

bei sind noch 456 sozialistische Stimmen abgegeben worden, die noch ausgezählt werden müssen. Die S. P. verfügt nun über 48 Prozent der abgegebenen Stimmen in Lausanne.

Auch in Montreux, Vevey, Niglo, Yverdon ist die Sozialdemokratische Partei im Vormarsch. In Vevey behalten Sozialdemokraten und Radikalsozialisten die Mehrheit. In Montreux wurde kein einziger Bürgerlicher gewählt; alle Kandidaten kommen dort in Stichwahl. Auch an zahlreichen andern Orten haben Bürgerliche die absolute Mehrheit nicht erreicht. Die Stichwahlen finden im Laufe dieser Woche statt.

Ein Irthümer Kommunist

wegen nationalsozialistischer Propaganda verurteilt.

Pilsen, 21. November. Das hiesige Kreisgericht verurteilte heute den 40jährigen ledigen Schneider Georg Kohl wegen Verbrechens nach dem Republikstrafgesetz unbedingt zu einem Jahre schweren Kerker mit zwölf Hafttagen. Kohl, der Mitglied der deutschen nationalsozialistischen Partei in der Tschekoslowakei war, besuchte im September d. J. den Nürnberger nationalsozialistischen Parteitag, wo er sich fünf Tage aufhielt. Er stand in Beziehungen zu Führern dieser Partei und zu SA-Führern und rühmte sich nach seiner Rückkehr nach Eger in Gasthäusern vor seinen Bekannten mit seinen Beziehungen zu reichsdeutschen SA-Leuten. Er zeigte auch Photographien, auf denen Hitler dargestellt war, und die er in großer Zahl aus Deutschland mitgebracht hatte. Er prahlte auch damit, daß seine Beziehungen der Polizei so lange verborgen blieben.

Bei der heutigen Verhandlung gab er zu, nach vor zwei Jahren Mitglied der kommunistischen Partei der Tschekoslowakei gewesen zu sein. Kohl nahm die Strafe ohne Einwendungen an.

Antwort an die „Exekutive“

Die sogenannte „Exekutive der öffentlichen Angestellten“ hatte sich mit einem Schreiben an die Abgeordneten- und Senatorenklubs der Koalitionsparteien gewandt, in welchem diese zur Teilnahme an einer vertraulichen Sitzung eingeladen werden. Die Klubs der koalitierten Parteien haben diese Einladung der Arbeitskommission der koalitierten Staatsangestelltenorganisation zur Stellungnahme übergeben, welche letztere den Brief der Exekutive folgendermaßen beantwortet hat:

In die Exekutive der öffentlichen Angestellten Prag II., Vaclavské nám. 70.

Geehrte Herren!

Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der koalitierten Parteien haben uns ihre Einladung zu einer vertraulichen Beratung über die Staatsangestelltenfrage zur Entscheidung übergeben. Durch diese Vorgangsweise erscheint die Freiheit unserer Entscheidung über die gewerkschaftliche Taktik vollaus bestätigt.

In erster Linie quittieren wir mit Genehmigung Ihren im Briefe enthaltenen Standpunkt, daß der „Ausdruck und das Werkzeug der Demokratie die politischen Parteien sind“ und daß „sie diesen Grundsatz neuerdings bestätigen“. Gleichfalls quittieren wir mit Genehmigung Ihr ebenfalls im Briefe enthaltenes Eingeständnis, daß „Sie zeitgerecht im Rahmen der allgemeinen Leistung einen Beitrag aus den eigenen Gehältern angeboten haben.“

Diese Ihre Ansichten, die vollkommen jenen widersprechen, welche Sie bisher verkündet haben, sind uns ein Beweis dafür, daß die Beteiligung der Exekutive an den Verhandlungen mit dem gleichen Kompromisse hinsichtlich des Abzugsabsehens geendet hätte, wie ein solches die engere Kommission der koalitierten Parteien erzielt hat. Wir bedauern deshalb, daß Ihre systematischen

Anfälle der politischen Parteien und die illoyale Verzerrung auch vertraulicher Beratungen es uns unmöglich machte, noch vor den Verhandlungen über das Abzugsgesetz den engeren Ausschuss durch Vertreter der Exekutive zu erweitern.

Aber auch Ihre weitere bisherige Vorgangsweise hat uns von einem seriösen Umchwung in der Exekutive nicht überzeugt, denn die Methoden der unwarigen Darstellungen und verzerrten Angriffe auf die politischen Parteien und unsere Organisationen in der Öffentlichkeit wurden noch verschärft.

Aus diesen Gründen erachteten die politischen koalitierten Parteien den Standpunkt der engeren Kommission der Gewerkschaftsorganisationen als richtig, daß Ihnen für Ihre Einladung gedankt und mitgeteilt wird, daß sich an Ihrer vertraulichen Sitzung die Vertreter der Abgeordneten- und Senatorenklubs nicht beteiligen können.

In voller Achtung für die Arbeitskommission der koalitierten Staatsangestellten-Organisationen Teplany m. p.

Die Maßnahmen für Angestellte eingestellter Zeitschriften

Das Subkomitee und danach das Plenum des verfassungsmäßigen Ausschusses des Senats erledigten gestern nach mehrmaligen Verhandlungen den Regierungsentwurf über die Maßnahmen für das Personal der eingestellten Zeitschriften. Der Hauptwiderstand kam von Seiten der Nationaldemokraten, die eine Abschwächung der Verpflichtungen der Verleger und der Druckereien verlangten. Die Einigung erfolgte auf der Basis, daß die Gewerkschaften den durch die Einstellung betroffenen Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System auszahlen werden, wofür der Staat ihnen bei der Durchsetzung des Anspruches auf Rückerstattung dieser Gelder durch die Arbeitgeber behilflich sein wird. Die Differenz zwischen Lohn und Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System werden die Arbeitnehmer selbst, nötigenfalls im gerichtlichen Wege, vom Unternehmer verlangen können.

Professor-Ernennungen für die deutsche Universität Prag, 21. November. (Privat.) Die Regierung hat sieben Ernennungen an der deutschen Universität beschlossen. Ernannt wurde Professor Dr. Ernst Šoboda (tit. Prof. in Prag, ein gebürtiger Tscheche), zum Ordinarius für bürgerliches Recht als Nachfolger Kallas; Professor Eugen Weiss in Prag für antike Rechtsgeschichte; zum außerordentlichen besoldeten Professor für deutsche Volkskunde wurde der außerordentliche unbesoldete Professor Dr. Gustav Jungbauer ernannt; ferner wurden zu außerordentlichen Professoren ernannt: der Prager Privatdozent Dr. Ernst Singer für Hygiene; Dr. Alois Starý für medizinische Chemie; Dr. Paul Fortner für Chemie der Lebensmittel und Dr. Edmund Schneeweiß für slawische Volks- und Altertumskunde. Nach diesen Ernennungen bleiben noch fünfundsiebzig Lehrstühle an der deutschen Universität unbesetzt. An der deutschen technischen Hochschule, wo derzeit neunzehn Lehrkanzeln unbesetzt sind, erfolgen überhaupt keine Ernennungen.

Der „Sudetendeutsche Landstand“ Was steckt dahinter?

„Ehrliche Demokratie ist der Friede! Alles andere drängt zum Krieg.“ So schrieb im April d. J. der bekannte Agrarpolitiker Alfred J. Rohmanith in Naase in seiner „WJ“.

Nach einer Aeußerung des landbändlerischen Sekretärs Redecla aus Mähr.-Schönberg in einer Versammlung zu Philippstal am 19. Oktober d. J. gehörte Rohmanith zur Partei des Bundes der Landwirte. Dennoch wäre es der Landbändler Rohmanith, der offen schreibt, daß nur die demokratische Form, also weder die sozialistische, noch die bolschewistische, berufen und fähig ist, die von ihm geforderte Planwirtschaft konstruktiv, konkret und erfolgreich durchzuführen. Im krassensten Gegensatz hierzu war ein großer Teil der landbändlerischen Jugend sozialistisch eingestellt, lehnte Parteienwesen und Demokratie beinahe vollständig ab. Inzwischen soll es dem mit besonderen Nachvollkommenheiten ausgestatteten Minister Dr. Spina gelungen sein, in der rebellischen Jugend seiner Partei „Ordnung“ zu schaffen. Inwiefern dies tatsächlich und für die Dauer gelungen ist, interessiert uns nicht weiter. Auf die agrarische Presse vom Schlege der Soajer und Karlsbader Blätter scheint sich der Einfluß des Ministers Dr. Spina aber noch nicht zu erstrecken, ebenso wenig auf gewisse Sekretäre, die unentwegt weiter mit dem Faschismus liebäugeln. Was soll man sagen, wenn der schon genannte Sekretär Redecla in der erwähnten Versammlung erklärte, Faschismus oder Demokratie sei egal! Wenn das die wahre Meinung auch der parlamentarischen Führer des Bundes der Landwirte wäre, müßte man sich gegenüber solchen „Demokraten“ recht vorsichtig verhalten.

Uebrigens ist bei der Beurteilung der Frage, ob die Leitung des Bundes der Landwirte aus innerster Ueberzeugung demokratisch eingestellt ist, ein kritischer Vorbehalt wohl am Platze. Die Landbändler verfolgen allem Anschein nach die Taktik, die durch den Hitlerfaschismus trunken gemachte und deshalb abtrünnige Gefolgschaft durch ideologische Konzeptionen wieder an den Parteiführern heranzubringen. Es ist die ungefähre Methode, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Die Art und Weise, wie der Bund der Landwirte nun den „Sudetendeutschen Landstand“ aufzieht, erinnert allzu sehr an — Eisler'sche Methoden. Ein Bericht in der „Deutschen Landpost“ über die am 15. November in Prag stattgehabte Arbeitssitzung dieses „Landstandes“, dessen Bevollmächtigter eben Herr Minister Dr. Spina, berichtet dieser nicht nur über die Richtlinien, Grundsätze und den Arbeitsplan des S. L., sondern er nannte, bzw. „berief“ auch seine Stellvertreter. Die Vertreter der politischen Partei, des Bundes der deutschen Landjugend, der landständischen Jungmannschaft und der wirtschaftlichen Organisationen wurden gleichfalls „bestellt“, ebenso die Landschaftsbeauftragten. Die Namen spielen für uns keine Rolle, die meisten sind uns als mehr oder weniger gebällige Antimarkisten wohlbekannt. In der nächsten Zeit will Herr Minister Dr. Spina in einigen größeren Städten (Wilm. Leipa, Marienbad, Karlsbad, Budweis, Jmoin und Jägerndorf) über die Arbeit des „Sudetendeutschen Landstandes“ sprechen.

Bei der herrschenden Unklarheit über den Begriff des „Landstandes“ wissen wir natürlich nicht, wie Herr Minister Dr. Spina den neuesten politischen Gaul aufzäumen wird. Aber das eine ist doch wohl klar: auf demokratischem Wege wird er nicht starten. Demokratie, der Inbegriff des ganzen Volkes, steht unbestritten im Schatten Gegensaß zu den Vertretungen der „Stände“. Die durch das aufstrebende Bürgertum schon vor vielen Jahrzehnten abgelehnt wurden, um nun im faschistischen Italien und Deutschland als Produkt ängstlicher Reaktion wiederzuerstehen. Auf diesen Gesensatz hat im „Prager Tagblatt“ vom 26. Mai 1933 Herr Fritz Jellinek treffend hingewiesen.

Wenn der alle einzelne Gruppen des Landvolkes umfassende „Landstand“ nach sozialen und demokratischen Grundsätzen analysiert würde, läme man zu den für kapitalistisch-faschistische Drahtzieher recht unangenehmen Wahrheit, daß über 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Kleinlandwirten gehören. Wie wir die Landbändler kennen, werden sie im „Landstand“ nicht deren Interessen wahrnehmen. Dafür wird die Führung des „Landstandes“ desto mehr antimarkistische Politik betreiben. Und das alles etwa im angeblichen Zeichen der Demokratie, die, wie gesagt, mit Landstand und „Landstand“ nichts gemein hat?

Herr Minister Dr. Spina wird sich hoffentlich auch über die von Peroutka formulierte Forderung des Ständegedankens äußern, wonach die Ständeverfassung nichts anderes ist als der Mantel, in den die Diktatur die Nacktheit ihres Absolutismus hüllt. Wir werden kaum überrascht sein, wenn Herr Minister Dr. Spina über die Ziele des „Sudetendeutschen Landstandes“ gesprochen haben wird...

Der Landesauschuss für Böhmen behandelt in seiner am 22. November 1933 stattgefundenen Sitzung außer einer Reihe von laufenden Angelegenheiten 101 Gemeindefragen und bewilligte 103 Gemeinden die Einhebung von verschiedenen Steuern und Gebühren. Er gewährte ferner den Landesgewerbetrieben und verschiedenen wissenschaftlichen, künstlerischen und Volkserziehungsinstituten Unterstützungen für das Jahr 1934.



Vor 25 Jahren dem Eiszeitgrabe entzogen.

Der Schädel des Homo Mousteriensis.

Als ein wichtiger Zeuge vom ältesten Menschheitsstadium wurde vor jetzt 25 Jahren bei Le Moustier in der Dordogne in einer Höhle ein menschliches Skelett gefunden, das der Neandertaler Rasse verwandt erscheint, aber schon eine weitere Entwicklung zur Cromagnon-Rasse zeigt.

Tagesneuigkeiten

Die Maste herunter!

Hitler hat sich vom Pariser "Matin" interviewen lassen und — als Positivist reinsten Wassers gebärdet.

Der Nord geht um! Die Lüge geht um! Sie rüsten, sie hegen, sie intrigieren, Herr Hitler bläst Flöte und stellt sich dumm, Indes die braunen Horden marschieren — Und bleibt die Welt nicht taub und nicht stumm, So brüllen sie zynisch: Wir dementieren!

Der Gastrieg geht um! Die Vernichtung geht um!

Wollt ihr noch einmal es ausprobieren? In letzter Stunde: den Hebel herum! Wenn sie sich noch so gründlich maskieren, Uns machen die braunen Burschen nicht dumm, Die reden von Frieden? Wir dementieren! No.

13 Todesopfer

bei einem Flugunglück in Charkow.

Moskau, 22. November. (Reuter.) In Charkow ereignete sich ein Flugunglück, das 13 Menschenopfer forderte. Unter den Toten befanden sich Ingenieure und andere Funktionäre des Zivilluftwesens.

Es wurde eine eigene Regierungskommission zur Untersuchung der Ursache dieser Katastrophe eingesetzt.

Meuterei und Brandlegung im Zuchthaus.

Philadelphia, 22. November. (Reuter.) Im hiesigen Zuchthaus ist eine Revolte der Zuchthausinsassen ausgebrochen, die das Anstaltsgebäude in Brand steckte. Man hört genau das Maschinengewehrgeknatter und die Gewehrschüsse sowie die Schreie der Eingekerkerten. Trotz den anstrengendsten Bemühungen der alarmierten Brandwehren greifen die Flammen immer weiter um sich und der Brand nimmt große Dimensionen an.

Einer späteren Depesche zufolge ist es schließlich doch gelungen, die Meuterei der Sträflinge zu unterdrücken; dies wurde dadurch bewerkstelligt, daß man durch Maschinengewehr- und Pistolenfeuer die Meuterer zu einem Rudel in eine Ecke des Gebäudes zusammentrieb.

In dem Aufruhr wird noch bekanntgegeben: In der Erholungspause auf dem Gefängnishof, wo sich 1300 Sträflinge befanden, liefen 75 von ihnen ganz plötzlich in die Werkstätten, wo Baumwollgewebe hergestellt werden und steckten sie in Brand. Das Feuer griff sofort auf die Waschanstalt und auf die großen Küchenräume des Zuchthauses über. Während sich die anderen Sträflinge freiwillig in ihre Zellen zurückzogen, wurden die 75 Meuterer durch intensives Maschinengewehrfeuer und Revolvergeschüsse in eine Ecke zurückgebracht, so daß, wie bereits gemeldet, der Aufruhr als beendet gilt.

Blutiger Raubüberfall auf einen Postler

Pardubitz, 22. November. Gestern vor sieben Uhr abends begab sich der 50jährige Postangestellte Josef Svajdler auf den Bahnhof in Spatovice nach Labem, um der Bahnpost den Massenabschluß des Postamtes in Spatovice zu übergeben. In der Nähe des Bahnhofes wurde er von einem unbekannten Manne überfallen, welcher ihm mit einem Prügel heftige Schläge in den Kopf versetzte. Als Svajdler bewußlos zu Boden fiel, schnitt ihm der Unbekannte die Dienstaftasche ab und verschwand. Er entwendete nebst der Briefpost über 12.000 Ks. — Der verletzte Svajdler, welchem der Schädelknochen durchgeschlagen wurde, wurde in ernstem Zustande in das Bezirkskrankenhaus in Königgrätz geschafft. Die Gendarmerie der Umgebung hat die Nachforschungen nach dem Täter eingeleitet. Nach der Art des Überfalles, dem Zeitpunkt der Verübung der Tat und nach anderen Anzeichen, glaubt man, daß es sich um eine Person handelt, welche bereits seit einiger Zeit in Ostböhmen ihr Unwesen treibt.

32 Millionen Mark Strafe für Schmuggler.

Papenburg, 22. November. Im Prozeß gegen die Hünmlinger Schmuggelbande, die tonnenweise Tabak, Tee und Kaffee über die deutsch-holländische Grenze geschmuggelt hatten, wurde gestern abends das Urteil gefällt. Danach ist für die 21 Angeklagten auf eine Gesamtgeldstrafe von Reichsmark 32.520.000 und auf eine Gesamtgefängnisstrafe von sechzehn Jahren erkannt worden. Die höchste Geldstrafe für einen Angeklagten beträgt 4.685.000 Reichsmark, die höchste Gefängnisstrafe ein Jahr sechs Monate. Der Prozeß wurde vom Staatsanwalt und den Nebenklägern als der größte Schmuggelprozeß in der bisherigen deutschen Zollgeschichte bezeichnet.

Für zehn Millionen Opium beschlagnahmt.

Kairo, 22. November. (Reuter.) Die Mar-seiller Polizei hat auf Grund von ihr zugekommenen Informationen der ägyptischen Behörden zwei Tonnen Opium beschlagnahmt, das auf einem aus Istanbul unter griechischer Flagge segelndem Schiffe geschmuggelt wurde. Das Opium, dessen Wert auf 90.000 Pfund Sterling geschätzt wird (zirka 10 Millionen Ks) war für Marokko bestimmt, von wo es weiter über Spanien nach den Vereinigten Staaten transportiert werden sollte.

Türkei nimmt jüdische Flüchtlinge nicht auf.

Aus Istanbul wird berichtet: Die türkische Regierung lehnte das Ersuchen der Istanbul jüdischen Gemeinde ab, 30.000 jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland den Aufenthalt in der Türkei zu bewilligen. Man nimmt an, daß die türkische Regierung auch das Gesuch der jüdischen Londoner Kolonisationsgesellschaft ablehnen wird, die dieser Tage die Ankarer Regierung ersuchte, die Genehmigung für die Einwanderung von 100.000 bis 300.000 Juden, hauptsächlich aus Deutschland, zu bewilligen.

Ein seiner Redakteur. Vor dem Senat des Kreisgerichtes in Chrudim fand Mittwoch die Verhandlung gegen den 30jährigen Wenzel Klas, ehemaligen Redakteur, statt, der, wie ihm nachgewiesen wurde, 20 Personen um zehntausende schädigte. Er war weiter wegen des Verbrechens der Unterschlagung und wegen Übertretung der öffentlichen Ordnung angeklagt. Was gab sich während seiner betrügerischen Tätigkeit als Redakteur einer Tageszeitung, als Kurdirektor, als kommerzieller Direktor, als Beamter der Rabelgesellschaft und als hoher Beamter des Postministeriums aus. Er gab vor, in den Zentralämtern Einfluß zu besitzen, wodurch es ihm gelang, große Geldbeträge für Lieferungen herauszuloden. Des weiteren schädigte er einige Arbeitslose, die ihm ihre letzten Geld gaben, weil er ihnen vortäuschte, eine Stellung zu verschaffen.

Kampf mit Wilderern. An der Nacht zum Mittwoch erblühte die das Militärmagazin im Walde bei Poprad bewachende Militärwache eine Gruppe von Männern, die in unmittelbarer Nähe des Magazins ein Feuer angezündet hatten. Der Wachkommandant schickte sich bis knapp an das Feuer heran und sah drei Männer, die mit Gewehren bewaffnet waren; einer der Männer begann nun, gegen den Wachkommandanten zu schießen. Die Wache erwiderte das Feuer, und die verdächtigen Männer, wahrscheinlich Wilderer, entliefen im Dunkel. Von den Wachsoldaten wurde niemand verwundet; ob von den drei Unbekannten jemand Verletzungen davongetragen hatte, ist nicht bekannt geworden. Die Angelegenheit wird untersucht.

Beim Feiern verbrannt. In Gradiste bei Trebiszov (Slowakei) betete bei einem Sparofen die 70 Jahre alte Elisabeth Vodnar. Plötzlich züngelten die Flammen aus dem Ofen empor und erlachten die Kleider der alten Frau. Ehe ihr noch Hilfe zuteil werden konnte, verbrannte die Vodnar. Im Zimmer selbst hielten sich noch zwei kleine Kinder auf, die infolge des Schreckens ohnmächtig wurden. Zum Glück betrat ein unbekannter Bettler das Zimmer, der die beiden kleinen Kinder in Sicherheit brachte.

In der USA verboten wurden: Die Druckschriften „Geopolitik“, erscheinend in Leipzig, „Nation und Staat“, erscheinend in Wien, und das Buch „Volk an der Grenze“ von Rudolf Hilfer.

„Marsch“ ins Gefängnis. In Marienbad wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft der 72 Jahre alte Kaufmann Hans Haubner verhaftet. Die Polizei fand bei ihm 40 Druckschriften eines Marsches, die Haubner in Deutschland auf eigene Kosten drucken ließ. Die beanstandete Komposition wurde beschlagnahmt und Haubner in die Haft des Kreisgerichtes eingeliefert.

Mordversuch an einer Sechzehnjährigen. In die Haft des Kreisgerichtes in Ung.-Gradisch wurde der 20jährige arbeitslose Friseurgehilfe Franz Darabnik aus Postowice eingeliefert, der aus Eifersucht einen Mordversuch auf die 16 Jahre alte Tochter eines Kaufmannes in Postowice, Antonie Stromlova, unternahm. Als die Stromlova den Friseurgehilfen abwieß, versteckte er sich gegenüber dem Wohnhause des Kaufmanns, und als abends das Mädchen mit ihren Freundinnen ins Theater ging, überfiel sie Darabnik mit einer Hacke, verletzte die Stromlova am Kopfe und flüchtete. Der Täter schloß die Nacht über am Bahnhof und am nächsten Tage früh stellte er sich selbst der Gendarmerie.

Ballonstein-Festern in Jicin. Die Stadt Jicin bereitet für das kommende Jahr eine Reihe von Veranstaltungen zum Gedenken an Albrecht von Wallenstein, der seinerzeit Jicin zur Hauptstadt des Herzogtums von Friedland erhob.

Vom elektrischen Strom getötet. In Suin (Slowakei) lud der Landwirt Stephan Copil Holz von seinem Wagen ab, wobei er mit einem Holzballen den Draht der elektrischen Leitung berührte, die durchrissen wurde. Copil wollte nun die Drähte wieder verbinden und nahm das Ende des einen Drahtes in die Hand, wobei er durch den elektrischen Strom von 220 Volt Spannung getötet wurde.

Ein neuer Typ von „Eilzügen“ (beschleunigten Personenzügen) wird von der Eisenbahnverwaltung eingeführt werden. Diese Züge werden mit erhöhter Schnellzuggeschwindigkeit fahren, trotzdem wird bloß der Fahrpreis für Personenzüge zu bezahlen sein. Dieser Fahrpreis wird nur um einen geringfügigen Zuschlag erhöht. Infolge der sehr guten Erfahrungen mit diesem neuen Typ von Eilzügen auf der Strecke Prag—Pilsen beabsichtigt die Bahnverwaltung noch und noch alle lokalen Schnellzüge aufzulassen und durch „Eilzüge“ zu ersetzen. Diese Maßnahme wird in erster Linie auf der Strecke Prag—Dij—Protivin und auf der Strecke Prag—Protislava durchgeführt werden.

Lindbergh auf den Azoren. Zur Landung des Obersten Lindbergh auf den Azoreninseln wird gemeldet: Lindbergh flog die Strecke von Lissabon nach Horta zum erstenmale. Obwohl er auf der Fahrt mit einem schweren Gewitter zu kämpfen hatte, lenkte er das Flugzeug bis zum letzten Momente des Fluges meisterhaft. Das Flugzeug legte die Strecke in etwas mehr als neun Stunden zurück und flog demnach mit einer Stunden durchschnittsgeschwindigkeit von 110 Meilen. Das Ehepaar Lindbergh wurde bei der Landung von Militär- und Marinewürdenträgern begrüßt. Lindbergh äußerte sich nicht über das weitere Ziel.

Eine neue Universität in Istanbul. Der türkische Minister für Volksaufklärung eröffnete in Istanbul in Anwesenheit von Vertretern aus der Kulturwelt und zahlreicher ausländischer Professoren eine neue Universität. Die neue türkische Universität ist vollkommen nach dem Muster der europäischen Universitäten organisiert. Die Nationalversammlung in Ankara wird in diesen Tagen über ein Gesetz abstimmen, womit die erste türkische Akademie für Kunst und Wissenschaft geschaffen wird.

Ossaka sinkt ins Meer. Eine der größten japanischen Industriestädte, Ossaka, wird wahrscheinlich in nächster Zeit vom Meer verschlungen werden. So behauptet wenigstens der berühmte japanische Geolog Kitsumu Amanura, der einen entsprechenden Bericht der japanischen Akademie der Wissenschaften übersandte. Im Laufe von vierzig Jahren registriert Amanura das Eindringen des Meeres in die Küste von Ossaka. Er hat festgestellt, daß der Boden, auf dem die Stadt gebaut ist, sich alljährlich um vier Zentimeter senkt. Es wird also einmal der Tag kommen, wo die Stadt Ossaka, wie einst die sagenhafte Stadt Vineta, von den Meereswellen verschlungen werden wird.

Die Tauben von Venedig sterben. Die berühmten Tauben von Venedig, die nicht nur den Markusplatz, sondern die ganze Stadt bevölkern, sind dieser Tage zu Tausenden tot in den Kanälen und auf den Straßen aufgefunden worden. Mehrfach konnte beobachtet werden, wie die Vögel mitten im Fluge zu erlahmen schienen, zu Boden sanken und nach wenigen Minuten starben. Man weiß nicht, ob das Massensterben auf eine Vergiftung oder auf eine Krankheit zurückzuführen ist.

Der erste Gedante — ein Luxusauto! Den Haupttreffer bei der dienstägigen Ziehung der französischen Klassenlotterie — 5 Millionen Francs — gewann ein 22jähriger Kohlenmagazineur in der südfranzösischen Stadt Avignon, die unweit der Stadt Tarascon liegt, wo vor 14 Tagen ein dortiger Friseur den Haupttreffer von 5 Millionen gewann. Auch in den übrigen Millionen- und Halbmillionengewinnen war das Glück den Bewohnern Südfrankreichs sehr hold. Der Friseur von Tarascon traf gestern — zum ersten Male in seinem Leben — in Paris ein, wo er sich ein Luxusautomobil kaufte. Den Friseurladen wird er seinen Gehilfen überlassen und selbst von den Renten leben.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Titus V. Kreis (Fußball)

Sport vom Sonntag. Saaz gegen Komotau 11:2:3, Trupský gegen Brax 2:4, Komotau gegen Tschern 7:1.

Mitteilungen der Kreisleitung. Der Verein Kuffig Nord, bleibt bis auf weiteres gesperrt. Die Platzsperrre des Vereines Trupský wurde aufgehoben, da nähere Erhebungen gepflogen wurden.

Spielergebnisse: Tschern Nian Wenzel, Paß 305, acht Tage; Stäh Ernst, Paß 171, zwölf Wochen, bei Wiederholung Ausschluß aus dem Verband. Nian Wenzel zwölf Wochen. Böhm.-A. m. n. g. Eise Emil, Paß 95, vier Wochen; Wösch Rudolf, Paß 68, vier Wochen. W. n. d. o. r. f. R. n. n. Franz, Paß 365, sechs Wochen. D. a. i. d. A. J. H. r. i. z. W. i. l. l. Paß 231, vier Wochen. L. a. d. o. w. i. t. z. Der Verein Kuffig Nord ist binnen vierzehn Tagen die Fahrtenabstimmung rückzuführen. Kuffig Nord, Spielführer Bartl zwölf Wochen und Trübenbach, Paß 112, vier Wochen Sperre. Komotau 11, Kaiser Carl, Paß 21, acht Tage und Guntwirth Emil, Paß 44, acht Tage Sperre. P. i. h. a. n. t. e. n. Spieler W. a. t. e. r., Paß 303, vier Wochen. K. l. e. i. n. a. u. g. e. z. d. Spieler G. a. n. t. h. e. r., Paß 514, acht Tage. — Die Sperren treten ab 25. November 1933 in Kraft. Die Bezirksspielleiter und Schiedsrichtervereinigungen sind um Ueberwachung ersucht. Den Bezirksleitungen diene zur Kenntnis, das Rundschreiben genau zu beachten. Der Bezirksverbandstag muß in allen Bezirken bis spätestens 10. Dezember abgehalten werden. Die Fragebogen sind sofort zu retournieren.

Samstag, den 25. November 1933 nachmittags halb 3 Uhr in Kuffig Volkshaus, Sitzung der Kreisleitung. Die Genossen werden ersucht pünktlich erscheinen zu wollen, da die Tagesordnung längere Zeit in Anspruch nimmt.

Umgang und Bekämpfung der Rauteenplage in Australien.

Eingeschleppte Rauteenarten (Opuntia), (Op. inermis, Op. stricta, Op. monacantha, Op. tomentosa, Op. imbricata), wurden zu einer „Unkrautpest“, zu einer „Landplage“, denn jährlich werden rund 400 Quadratkilometer neu verseucht, so daß jetzt insgesamt rund 230.000 Quadratkilometer (!) für jeglichen Anbau unbrauchbar geworden sind. Diese schnelle und ungeheure Vermehrung von Rauteen in Australien hat die Notwendigkeit einer energischen Bekämpfung seit mehr als zehn Jahren erwiesen. Bei dem dort herrschenden, für die Rauteen günstigen Klima, bilden sie einen üppigen Unterwuchs, so daß ein Begehen und damit eine Räumung der Wälder nicht mehr möglich ist. Da chemische und mechanische Ausrottungsverfahren nicht in dem gewünschten Maße Erfolg hatten, wurden von einer besonders eingesetzten Kommission (Commonwealth Field Research Board) biologische Bekämpfungsverfahren versucht. I. W. Evans (Waite Agricultural Research Institute, Glen Osmond, Süd-Australien) berichtet, daß die biologischen Bekämpfungsverfahren mit Erfolg angewendet worden sind und daß zunächst wenigstens dem weiteren Fortschreiten dieser Unkrautplage Einhalt getan worden ist. Die Bekämpfung wurde mit Hilfe von eingeführten parasitenfreien Ansetzern durchgeführt, die ausschließlich die Rauteen durch ihren Fraß zerstören. Vorläufig haben sich als Rauteenzerstörer für die Bekämpfung der Opuntienplage bewährt: 1. die Raupen eines Schmetterlings (Cactoblastis cactorum), die die Blätter fressen und sich in das Innere einbohren, 2. die Schildläuse (Dactylopius tomentosus), die die Pflanzen durch ihr Saugen von außenher vernichten. Ferner versuchte man auch Blattwanzen, Milben, Rüsselkäfer, Fliegen, Gallmücken und in Rauteensamen schlummernde Schlupfwespen zur Bekämpfung heranzuziehen, jedoch ist die praktische Verwendung der letztgenannten Formen zur biologischen Bekämpfung noch im Versuchsstadium. Die Kosten zur Durchführung der Bekämpfung der Rauteenplage wurden anfänglich im Jahre mit 160.000 RM., dann mit 240.000 RM. und schließlich mit 300.000 Reichsmark angelegt. Es ist aus den durchgeführten Versuchen und dem erzielten Erfolg ersichtlich, daß nur ausdauerndes, umfassendes Studium zum Erfolg auf dem Gebiete der biologischen Bekämpfung führt. Die deutsche angewandte Entomologie und die deutschen Landwirte, Obst- und Weinbauern sehen an diesem Beispiel erneut, daß im Auslande zur Bekämpfung einer Plage mehr Mittel (und Zeit) aufzuwenden werden, als mit dem Studium und zur Bekämpfung vieler Schädlinge aufzuwenden oder aufzuwenden können.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag. Prag 16.50: Kindermusik, 17.35: Französisch, 18.30: Deutsche Sendung: Landwirtschaftsfunf, 21.20: Konzert aus volkstümlichen Liedern, 22.20: Lieder von Smetana. — Brünn 16.00: Schrammellkonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Der Käufer. — Raasdau 17.00: Zigeunermusik. — Wien 15.55: Aus Tonfilmen, 16.40: Frauenklub, 17.00: Lieder und Duette, 20.00: Abendkonzert. — Breslau 20.10: Heiteres Konzert. — Berlin 17.50: Gembalomusik, 21.00: Spaziergang durch die Liebe.

Wohltätigkeit.

Ein wahres Geschichtchen.

Umjante Rasenfläche; ein paar Bäume, Büsche. Ein Augenblick Ruhe! Ein Augenblick des Aufatmens nach einem Tag voll Hast und vergeblicher Arbeitssuche!

Braun, gelb, rot leuchten die Blätter, bunt durcheinander. Wie schön diese Farben. Aber sie stimmen auch etwas traurig. Es ist schon kalt. Bald wird es schneien. Und dieser Winter soll der schlimmste werden seit Jahren, hört man überall.

Ein Körper schreit das junge Mädchen aus seinen Gedanken auf. Jemand hat neben ihm auf der Bank Platz genommen: eine rundliche, ältere Dame mit hochgeschlossenen Kragen, aber schiefe aufgesetzte modische Jägerbüchsen. Auf ihrem Schoß liegt ein Hund. Ein sonderbares Vieh: der Kopf eines Bullen, der Hals eines Forterriers, die krummen Beine eines Dackels und der vollgefressene Bauch eines Mopses.

„Ob ihr das fette Vieh nicht zu schwer wird?“

Die Dame scheint die Gedanken erraten zu haben: „Er liegt auf meinem Schoß, weil ihm sonst die Pfötchen immer zwischen die Bretter der Bank kommen, und das kann er nicht vertragen, der süße Prinz.“

Das Mädchen nickt gleichgültig, ohne zu antworten.

Aber die Rundliche ist nun einmal in Fahrt gekommen und, berechnend wie diese Art Frauen manchmal ist, läßt sie nicht mehr los. Ihren ganzen Lebenslauf gibt sie zum besten. Ihr Mann ist vor zwei Jahren gestorben, das Geschick führt der Kompanon weiter. „Gott, schlecht ist es mir ja nie gegangen“, plappert sie, „bis auf diese leidige Krise, die sich jetzt überall so unangenehm bemerkbar macht. . . gewiß, ich persönlich habe bis jetzt gottlos nur wenig zu spüren bekommen, nein, aber sehen Sie, liebes Fräulein. . . einsam, sehr einsam bin ich geworden, seit mein lieber Emil — Gott hab' ihn selig — das Zeitliche gesegnet hat. Und da hab' ich mir gedacht: nimmt dir so ein armes Geschöpf ins Haus. . . da steht ja jetzt so viel Leer, nicht wahr?“

Durch Vermittlung einer befreundeten Dame habe ich dann auch eine empfohlen bekommen, eine junge Witwe, die in einem Büro arbeitet. Aber was die Menschen heutzutage so empfehlen! Ich dachte mir: Stenotypistin, das ist doch ein anständiger Beruf, nicht wahr? Das junge Mädchen mühte sonst die Hälfte ihres kleinen Gehalts für ihr Zimmerchen auszugeben — das kann ich ihr doch ersparen, dachte ich; sie kann doch bei mir ganz umsonst wohnen. . . Ich kann mich ihrer sogar noch ein bißchen mütterlich annehmen, sie kann hier und da mal einen Handgriff für mich tun im Haushalt und schließlich hätte ich doch etwas Gesellschaft gehabt in meiner Einsamkeit. . . nicht wahr?“

„Nun, ich habe es getan. Aber selbstverständlich — nicht wahr? — konnte ich doch der fremden Person keinen Haus Schlüssel geben, wo doch im Haus allerlei wertvolle Dinge herumstehen, nicht wahr? Nun — und was denken Sie? — noch nicht ganz eine Woche ist vergangen, da verlangt sie schon einen Haus Schlüssel von mir, weil sie, wie sie sagt, zu einer Freundin gehen will!“

„Ich bin vielleicht eine altmodische Frau — aber diese Art von Freundinnen kennt man doch, nicht wahr? Ich habe ihn ihr natürlich nicht gegeben und gesagt, sie könnte ja um neun Uhr zurück sein, das wäre für ein neunzehnjähriges junges Mädchen schon reichlich spät. . .“

„Ja, und wissen Sie, was dieses unverkämte Geschöpf daraufhin tut?“

Sie verschwindet am nächsten Tag ohne ein Wort! Nur auf meinem Tisch finde ich dreißig Kronen und einen Zettel, auf dem steht: Miete für eine Woche. Sonst nichts.“

„Was sagen Sie dazu, liebes Fräulein? Verdienen es diese Leute überhaupt daß man ihnen Wohltätigkeiten erweist!“

Sie ist ganz aufgeregt, sucht mit den Händen herum und schnauft. „Ja, und leben Sie, liebes Fräulein, da habe ich mir eben den Hund angeschafft, meinen Prinz. . .“ Und während ihre ringelgeschmückte Patkshand streichelt über den prallen, glänzenden Bauch des Viehs fährt: „So ein Tier weiß doch wenigstens, was das ist: Dankbarkeit und Treue für erwiesene Wohltätigkeit, nicht wahr?“ H. E.

Rinder-Geschichten.

Krankenhaus.

Zwischen den beiden Steppes befauchte ich auf der Straße den Dialog:

„Mensch, darfst du überhaupt schon mal in'n Krankenhaus?“

„Na klar, Mensch! Zweimal! Dreimal, wie sie mit die Mandeln rausgenommen haben, und denn noch viele früher, damals, wie's lebten bin.“

Antwort.

„Besuch zur kleinen Emmi: „Wieviel Geschwister hast du denn noch?“

Emmi: „Ach, nur ein kleines Brüderchen hab ich noch; wir sind nämlich noch nicht lange verheiratet.“

Gebadet.

„Wer bis fünf Dungen sieben Sprungbereit vor dem Dorftümpel und roden auf den Kleinsten ein, mit ins Wasser zu kommen.“

„Ne.“ Schüttelst der immer wieder die Verführer von sich ab, kann ich nich, Mutta erlaubt's nicht und denn verhaßt se mir.“

„Ach, Quasch, Mensch, merk se ja gar nich.“

„Na, merk se! Heut abend wer'ch doch gebadet!“



So bleibt der Schal schmiegsam

Wolle wird nicht hart und filzig, verliert nicht ihre Fähigkeit, zu wärmen: LUX erhält sie weich und zart.

Niemals lose, nur echt in der blauen Packung

Wenn Schiffe sinken

Der November ist erfahrungsgemäß der gefährlichste Monat für die Welt-Fracht-Schiffahrt, da die Herbststürme sich gerade in jenen Wochen heimgangslos ausbreiten und dabei so manchen Frachtdampfer mit in die Tiefe reißen. Die großen Personendampfer auf dem Atlantischen und Stillen Ozean haben meist eine Lonnage von derartigen Größe, daß selbst schwere Sturzseen den Schiffkörper nicht zu beschädigen vermögen und daß durch die umfangreiche Schotendichtung auch bei einer empfindlichen Verletzung eines Schiffsteils die Schwimmfähigkeit nicht erheblich beeinträchtigt wird.

Die Frachtdampfer dagegen befahren meist weniger bekannte Dampferlinien und sind bei ihrer geringen Lonnage und ihrer meist recht beschränkten Besatzung oft nicht in der Lage, gegen die schweren Novemberstürme anzukämpfen. So ist in den letzten Tagen der englische Frachtdampfer *Saxilby* nach mehrstündigem vergeblichem Kampf der Besatzung gegen einen schweren Sturm im Nordatlantik untergegangen. Nach der letzten Radiobotschaft der *Saxilby* hat sich die 27 Mann betragende Mannschaft bemüht, die Rettungsboote kurz vor dem Abgange des Dampfers wiederzulassen. Seitdem haben die zur Rettung der Schiffbrüchigen an die Unfallstelle gesendeten Dampfer keine Nachricht mehr von den 27 englischen Matrosen erhalten.

Zur selben Zeit ist der japanische Frachtdampfer *Seiten Maru* in einem schweren Sturm auf der Höhe der Sü-Antarktis gesunken. Von der 30 Mann starken Besatzung konnte nur ein Mann gerettet werden. Ein Toter wurde von dem Rettungsdampfer an Bord genommen.

Schiffsverluste

Die Verlustliste der Welt-Schiffahrt kennt eine ganze Anzahl von Schiffskatastrophen, die entweder auf die stürmische See, einen Schiffbrand oder einen Zusammenstoß zurückzuführen sind. Seltener sind die Schiffsuntergänge auf Grund eines Zusammenstoßes mit einem Eisberg, wie im Fall der „Titanic“.

Die Schiffbrände haben gerade in letzter Zeit einige schwere Opfer gefordert. So ist der französische Lurndampfer „Georges Philippi“ im Indischen Ozean völlig ausgebrannt, wobei eine ganze Anzahl von Menschenleben vernichtet wurden. Im Oktober 1923 verbrannte der italienische Dampfer „Volturno“ im Atlantischen Ozean, wobei 133 Passagiere ums Leben kamen. Das Opfer einer Kesselexplosion wurde der italienische Dampfer „Principe A. Masala“ an der brasilianischen Küste. Mehr als 300 Menschen ertranken dabei in den Fluten.

Durch Feuer zerstört wurde ebenfalls der deutsche Schnelldampfer „Saale“ am 30. Juni 1900 beim Auslaufen aus dem New Yorker Hafen. Zwei Dampfer, die „Bremen“ und der „Main“, die sich in der Nähe des brennenden Schiffes im Hafen von Hoboken befanden, gingen ebenfalls Feuer. Die „Bremen“ sank mit 100 Mann an Bord. Auf dem Dampfer „Main“ kamen 70 Menschen ums Leben. Ein gewaltiger Schiffbrand war im Februar 1930 wieder im New Yorker Hafen zu verzeichnen. Der Lloyd-Dampfer „München“ brannte plötzlich auf, kurz nachdem er am Pier von Hoboken angelegt hatte.

Im übrigen verzeichnet die Geschichte der Schiffskatastrophen noch einige bekannte Schiffsuntergänge. Im Jahre 1926 strandete der japanische Dampfer „Tschitschibu“ an der japanischen Küste, wobei 230 Menschen ihr Leben verloren. Im Jahre 1928 wurde der brasilianische Transpordampfer „Ugama“ von einer Sturmflut in die Tiefe gerissen. 290 Menschen fanden dabei den Tod. Im selben Jahr verloren 110 Personen durch den Untergang des englischen Dampfers „Westrie“ ihr Leben. Noch in aller Erinnerung ist der Untergang des französischen Dampfers „St. Philibert“ auf der Höhe von St. Nazaire, der über 400 Menschenleben vernichtete.

Schiffsunammenstöße

Sehr verlustreich an Menschenleben sind meist die Schiffsunammenstöße, bei denen durchweg ein ganzer Schiffscel abgerissen und das schnelle

Abgaden des Dampfers verursacht wird. So geriet der englische Passagierdampfer „Alice“ im Oktober 1878 in eine dicke Nebelschicht und wurde von einem entgegenkommenden Dampfer am Bug derart gerammt, daß die „Alice“ in kaum einer Viertelstunde sank. In der Dunkelheit entstand eine derartige Panik, daß die Rettungsboote nicht mehr heruntergelassen werden konnten und 600 Menschen in den Wellen ihr Grab fanden.

Der Dampfer „Primus“, ein Tourenschiff auf der Untersee, stieß im Jahre 1890 unterhalb von Newcastle mit dem Frachtdampfer „Garra“ zusammen und sank innerhalb weniger Minuten. 101 Menschen ertranken.

Am 24. August 1909 stieß der Dampfer „Columbia“ mit der „Schlesien“ auf der Höhe von Montevideo zusammen, wobei die „Columbia“ rasch sank. Da ein Teil der Passagiere sich in den Kabinen befand, die schnell vom eindringenden Wasser überflutet wurden, verloren nahezu 100 Menschen dabei das Leben. 300 Passagiere konnten von der „Schlesien“ noch gerettet werden.

Am 29. Mai 1914 wurde der große englische Passagierdampfer „Empire of Ireland“, trotzdem das Meer völlig nebelfrei war, von einem Kohlendampfer gerammt, wobei der Personendampfer ein derartig großes Loch erhielt, daß das Schiff sofort abtakte und mit über 1000 Menschen in die Tiefe ging.

Am 7. Oktober 1919 ereignete sich im Hafen von Liverpool ein unerklärlicher Zusammenstoß zwischen zwei Passagierdampfern, der offensichtlich auf Navigationsfehler zurückzuführen war. Das eine Schiff rannte in das andere förmlich hinein und spaltete es in zwei Teile. Die beiden Schiffsteile sanken so rasch, daß trotz der Nähe der Hafenanlagen niemand von den 1800 Personen währenden Passagieren und Mannschaften gerettet werden konnte.

Als die „Titanic“ sank

Die grauenvollsten Szenen auf einem untergehenden Schiff spielten sich zweifellos bei der Katastrophe des im April 1912 auf einen Eisberg gerannten Riesendampfers „Titanic“ ab. Das Schiff hatte 1400 Passagiere und etwa 1000 Mann an Bord. Als der Zusammenstoß mit dem Eisberg erfolgte, waren sich weder der Kapitän, noch die Schiffsoffiziere, noch die Mannschaften und Passagiere über das Ausmaß der drohenden Katastrophe im Klaren. Die Offiziere beruhigten die Passagiere in den Kabinen und in den Speiseräumen. Die Tanzkapelle spielte weiter fröhliche Weisen und der Kapitän versuchte durch SOS-Weichen die in der Nähe liegenden Dampfer heranzuholen. Das aller nächste Schiff war der Dampfer „Carpathia“, der 70 Meilen entfernt war und in höchstens fünf Stunden hätte zur Stelle sein können. So vollzog sich in einer Zeitdauer von 11 Uhr 45 bis 2 Uhr 20 Morgens bei völlig windstiller See die größte Katastrophe der modernen Seeschiffahrt. Als um halb 1 Uhr sämtliche Passagiere des taghell erleuchteten Riesendampfers an Deck gerufen wurden, brach plötzlich eine Panik aus. Man mußte feststellen, daß die White-Star-Gesellschaft mit ihrer „Titanic“ den Schnelheitsrekord über den Nordatlantik hatte schlagen wollen, ohne an die Sicherheit der Passagiere zu denken. Kaum ein Drittel der an Bord befindlichen Menschen konnte in den Rettungsbooten an Platz finden. Mehr als 1600 Menschen mußten an Bord des Riesendampfers bei glatter See den Tod erwarten, da weder Rettungsboote noch genügend Rettungsgeräte vorhanden waren. Der Kapitän verammelte sich mit seinen Offizieren und einigen mutigen Passagieren, darunter die Millionäre Moray und Bunt, auf dem Deck des mit seinem Bug langsam in die Tiefe sinkenden Dampfers und ließ die Bordkapelle den Choral spielen „Näher, mein Gott, zu dir“. Etwa eine halbe Stunde lang hörten die in den Rettungsbooten und mit den Rettungskreuzen um ihr Leben kämpfenden Menschen die Musik und den Gesang der Todgeweihten. Um 2 Uhr 20 redete sich die „Titanic“, die bis dahin immer noch wie ein hell erleuchteter Bolus die Rettungsboote überlagerte, plötzlich steil entvor. Das Heck schwang hoch in die Luft, die Schiffsmotoren und Riesenmaschinen

gaben eine letzte dumpfe Explosion von sich, dann versank das Schiff mit 1635 Menschen an Bord lautlos in die Tiefe.

Dr. Ing. Paul Chyerna.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Wirtschaftsnotizen aus dem Dritten Reich.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 447 Millionen Mark gegenüber 847 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist ein Rückgang auf wenig mehr als die Hälfte. (Berliner Börsencourier.)

Die deutsche Rohstahlgewinnung betrug im September pro Arbeitstag 24.301 Tonnen gegenüber 26.160 Tonnen im August. Das ist ein Rückgang von 7,2 Prozent. (Rhein-Westfälische Zeitung.)

Die deutsche Bierausfuhr nach USA, die im Juni 6.808 Hektoliter betrug, ist im September auf 1.055 Hektoliter gesunken. (Berliner Tageblatt.)

Die Einnahmen der deutschen Reichsbahn betrugen im September 260,3 Millionen gegen 262,8 Millionen im August, während die Ausgaben von 288,9 Millionen auf 297,8 Millionen gestiegen sind. Die Mehrausgabe gegenüber den Einnahmen beträgt demnach im September 37,5 Millionen gegenüber 26,0 Millionen im August. (Berliner Lokalanzeiger.)

Der Umsatz der deutschen Warenhäuser war im September um 18,4 Prozent geringer als im September 1932. (D. A. Z.)

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten war im Oktober um 0,7 Prozent höher als im September. Im einzelnen ist der Index für Ernährung um 1,1 Prozent, der Index für Heizung um 0,8 Prozent und der Index für Bekleidung um 0,4 Prozent gestiegen. (Berliner Lokalanzeiger.)

Verbrauch in Arbeiter- und Beamtenfamilien im Jahre 1928/29 nach der sozialen Schichtung und dem Familieneinkommen. Die Bilanz des mit dem 30. Juni 1929 endenden Verbrauchsjahres war in den „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, Jahrgang XII, Nr. 52-53 und 211-215, sowie Jahrgang XIII, Nr. 50-56, veröffentlicht worden und wird jetzt durch ein neues Heft der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, Jahrgang XIV, Nr. 132-137, ergänzt, das die Ergebnisse der Erhebung vom Gesichtspunkte der sozialen Schichtung und der Höhe des Familieneinkommens wertet. Die umfangreiche Veröffentlichung (45 Seiten) verarbeitet ihr Thema in sechs großen Tabellen. Die ersten zwei Heftblätter gliedern die Gesamtheit der Arbeiterfamilien in vier Gruppen (Familien von Werkmeistern, Vorarbeitern usw., Familien von qualifizierten Arbeitern außer Häufern, Familien von Häufern, Familien von nicht qualifizierten Hilfsarbeitern); sie zeigen, daß der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel in der Richtung von den Familien von Werkmeistern usw. (51,54 Prozent) gegen die Hilfsarbeiterfamilien (65,43 Prozent) steigt, der Anteil der übrigen Verbrauchsausgaben in der Richtung von den Werkmeisterfamilien (16,55 Prozent) gegen die Hilfsarbeiterfamilien (9,2 Prozent) sinkt. Der auf die Wohnung entfallende Anteil (Mietzins, Einrichtung, Beheizung und Beleuchtung) steigt mit der höheren sozialen Stellung wider Erwarten ebenfalls, und zwar von 11 Prozent auf 13,03 Prozent. Die Ursachen dieser Erscheinung müssen nicht nur in den Wirkungen des Mütterlichkeitsgesetzes gesucht werden, sondern hauptsächlich in der allzu niedrigen Wohnungskultur der ärmsten Arbeiterfamilien. Tabelle III und IV gliedern die Arbeiter- und Beamtenfamilien nach Stufen des Familieneinkommens. Der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel sinkt mit dem steigenden Einkommen bei den Arbeiterfamilien von 64,18 Prozent auf 47,07 Prozent, bei den Beamtenfamilien von 50,29 Prozent auf 35,09 Prozent; der Anteil der übrigen Verbrauchsausgaben wächst mit dem steigenden Einkommen bei den Arbeitern von 9,08 Prozent auf 15,57 Prozent, bei den Beamten von 17,52 Prozent auf 26,09 Prozent. Auf Wohnung samt Einrichtung, Beheizung und Beleuchtung entfällt bei den Beamtenfamilien ein bei den verschiedenen Einkommensstufen im ganzen wenig verschiedener Prozentsatz (15,5 bis 20 Prozent), während bei der Arbeiterfamilie dieser Anteil mit dem steigenden Einkommen stark sinkt (13,31 bis 8,86 Prozent). Endlich gliedern Tabelle V und VI die Arbeiter- und Beamtenfamilien nach der sozialen Schichtung in Kombination mit den Gruppen des Familieneinkommens und geben besonders genau auf die einzelnen verbrauchten Nahrungs- und Genussmittel, sowie Getränke, ungen ein. Fraglos haben diese Daten, die die Verbrauchstendenzen zur Zeit der letzten Konjunktur erfassen, eben heute einen beträchtlichen dokumentarischen und Vergleichswert. Die umfangreiche Veröffentlichung, die demnächst auch in deutscher Ausgabe erscheint, ist daher des Interesses breiter Leserkreise gewiß. Preis des Heftes 6.—. Zu beziehen durch jeden Buchhändler. In Kommission bei der Firma Bursil u. Rohort, Prag II., Václavské nám.

In das Heim des Klassenbewußten
Arbeiters gehört d. Zentralorgan
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei
„Sozialdemokrat“

PRAGER ZEITUNG.

Der dreitägige Ausflugzug ins Riesengebirge, den die Staatsbahndirektion in Prag zum Preis für K 193.— in den Tagen vom 8. bis 10. Dezember abfertigt, ist gesichert und verläßt Prag am Donnerstag, den 7. Dezember um 18.30 Uhr. Anmeldungen und Fahrkarten beim Schalter Nr. 13, Wlarskybahnhof.

Kunst und Wissen Triumph der Schauspielkunst

Falkenberg-Gastspiel: „Wem Gott ein Amt gibt...“
Das „Lustspiel“ Wilhelm Lichtenbergs vom Ranglisten Wuzig, der just am Tage seiner Pensionierung nach einem Vierteljahrhundert pflanzlich-führender Geduldtheit, einige seiner Vorzüge gegen die Unbarmherzigkeit der Nemter in geschwändriges, aber menschliches Recht erweist, ist ein sinnvoller, aber nicht die Kürzung seiner Hungerpension um ein Drittel bringe — dieses Lustspiel, das trotz mancher Oberflächlichkeit doch durch die Aufrichtigkeit der Gestaltung, durch seine starke soziale Note und durch seine stellenweise außerordentlich wirksame Satire auf politische Schwachheit, Dummheit und Demagogie weit über das Niveau der durchschnittlichen zeitgenössischen Theaterproduktion hinausragt, wird durch Falkenberg zur grandiosen menschlichen Komödie. Wenn man jenen deutschen Schauspielern, dessen Kunst aus einer einzigen Wurzel Komik und Tragik zugleich wachsen läßt, die Palme geben muß, dann verdient sie kein anderer mehr als Max Falkenberg. Es gibt keinen zweiten Darsteller, der so wie er nicht nur Lust für die Zuschauer, sondern gleich darauf auch für sich selbst die Zeit ergreifend nützt, innerste Erschütterung, wahrhaft tragisches Mitleid ausstrahlt kann. Derselbe Ranglisten Wuzig, der zwei Jahre lang ein Haus drohen macht unter der Wucht seiner Komik, seiner sinnlos-sinnvollen sprachlichen Beschimpfungen, seiner Mimik, seiner Haltung, der spielt im letzten Akt, wohl vorbereitet, durch die Charakteranlage begründet, überraschend und doch logisch, eine Szene des warmen sozialen Herzens, die unvergesslich bleibt. Wenn Falkenberg-Wuzig eben noch sich überprüfend, plötzlich fast wortlos mit sich kämpft, ob die hunderttausend Schilling, die für einen Europa-Flug einer von ihm geliebten Frau bestimmt sind, nicht doch tausendmal besser zur Linderung der Not in einem Gläubigergebiet verwendet werden sollen und wenn und wie dieser Kampf mit dem Sieg des Gerechtigkeitsglaubens, des sozialen Willens und Bestehens, unter Verzicht auf egoistischen persönlichen Vorteil endet, dann wird die Bühne allmählich wieder zur Menschheitsbühne, dann erhebt sich über tollem Lachen langsam und majestätisch das Gute, das Schöne, das Wahre aus aller Hörer Brust und der Sieg einer beispiellosen Schauspielkunst wird zum Siege der Menschlichkeit.

Der „andere“ Falkenberg, der ulkige Spakvogel, die nasale Fanfare, die toffische Pointen in den Raum schmeitert, das meisterhafte Verlegenheitspiel, die Technik, die selbst in Augenblicken fühlbarer Schwierigkeit beim elementaren Hinarbeiten auf die letzte Konzentration und Spannung noch aus der Not eine Tugend macht, das alles ist nur Unterbau einer monumentalen Tragikomik, die wieder einmal miterlebt zu haben herrlichsten sozialen Gewinn bedeutet. Es geht wirklich ein Bruderband, kein und unbewußt hin und her, zwischen Chaplin und Falkenberg; jeder in seiner Art Virtuose der Nachdichtung des kleinen Mannes mit seiner Herzens- und äußeren Not. Falkenberg ist national der größere, denn seine Wunder werden um das der Sprache vermehrt.

Die Leistung Falkenbergs spielt alles andere an die Wand; selbst so gute Schauspieler wie Eugen Denen, Hans Kommauf, Heinrich Gahner, Hans Eitmann. Es muß Glück genug für sie sein, mit Falkenberg oberbühnen auf der Bühne stehen und bestehen zu können.

Ausschreibung des Stadttheaters in Reichenberg.
Dem Stadtrat Reichenberg wird mitgeteilt, daß das dortige Stadttheater mit Beginn der Spielzeit 1934—1935 neu vergeben wird. Bewerber haben ihre Gesuche bis zum 16. Dezember 1933 beim Stadtrat Reichenberg einzubringen, welcher über Wunsch die Verabredungen zu sendet.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Dreimäderlhaus“.
(C 1) — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Das Rheingold“.
(D 2) — Samstag, 6 1/2 Uhr: „Die Wolläre“.
(C 2)

Wochenplan der Kleinen Bühne.
Donnerstag, 8 Uhr: „Ein Stroh geht durchs Zimmer“.
Freitag, 8 Uhr: „Dreimal Hochzeit“.
Samstag, 8 Uhr: „Dreimal Hochzeit“.
Gastspiel: Werbezit.

Bezirksorganisation Prag
der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Partei-Mitgliederversammlung
am Donnerstag, den 30. November, um 8 Uhr abends im großen Saale des Gewerkschaftshauses Prag I. (Perstejn).
Referent: Genosse Abgeordneter Jalsch.
Politische Perspektiven.

Gerichtssaal Bagabundenradje.

Brandstiftungsprozess gegen ein sonderbares Paar.

Prag, 22. November. Ein merkwürdiges Paar sah heute auf der Anklagebank des hiesigen Schwurgerichtes. Der 25jährige Emanuel Dolezal blickte seinem Neugierigen nach das Bild des Bagabunden, wie es der landläufigen Vorstellung entspricht. Neben ihm saß die kaum 19jährige Marie Bakus, ein hübsches Mädchen in nettem, leichtem Sommerkleid und Lackschuhen. Beide sind Leute „ohne ordentlichen Wohnort und Beschäftigung“, Landstreicher jener Art, wie sie diese Zeit der Not in Massen hervorgebracht hat. Und manche von diesen finden im Lauf der Zeit Beschmutz an dem Leben eines Berufs-vagabunden und sinken schließlich zum sozialen Außenseiter und oft genug zum ausgesprochenen Arminellen herab.
Vor mehr als zwei Jahren hat sich die damals Sechzehnjährige an Dolezal angeschlossen und zieht mit ihm seither als seine Geliebte durch die Welt (im Bagabundenjargon heißt das: „Tippelschidse“). Sie lebten ausschließlich vom Betteln, der größtenteils von Dolezal betrieben wurde, wobei sich dieser aber bemühte, auch keine Gefährten „anzulernen“ und ihr Vorwürfe machte, als sie zum Betteln weder Lust noch Talent beizigte. Er wurde nach ihrem Gesundheitszustand nicht müde, ihr einzuschärfen, daß „es genügt, wenn der Mensch das Betteln ordentlich weghat“. Im übrigen hat die Neunzehnjährige von ihrem Begleiter bereits ein Kind und ein weiteres wird im Dezember seinen Einzug in die Welt halten. Die Angeklagte ist im achten Monat! —

Die heutige Anklage lautet auf das Verbrechen der Brandstiftung. Am 11. Juli d. J. erschienen die beiden in dem Dorf Jevany und Dolezal begann, wie üblich, die Häuser „abzuklappern“. Er trat als Arbeitssuchender auf, doch erklärte seine Kameradschaft selbst, es sei ihnen nicht im Traum eingefallen, wirklich eine Arbeit anzunehmen. Die Bitte um Beschäftigung war nur ein Vorwand zum Betteln. Der Erfolg war freilich gering.

Als es abends zu regnen begann, suchten die beiden Unterschlupf für die Nacht in einer Scheuer, von wo sie aber durch einen Aufseher, der sie dort entdeckte, vertrieben wurden. Es blieb ihnen nichts übrig, als in einem Strohschaber zu kriechen. Beide ärgerten sich über das unbehagliche Nachquartier und die mageren Ausbeute des vergangenen Tages. Frühmorgens verließen sie den Strohschaber, der einem Landwirt namens Pabec gehörte, der ihnen am Tag zuvor die Türe gewiesen hatte, zündeten das Stroh an und suchten das Weite. Beerenfischer haben die Flüchtenden und nach der Personalbeschreibung die diese Jungs gaben, wurde das Paar am 25. Juli in Schwarzkostelej verhaftet. Der Schaden, der so gut wie gar nicht durch Versicherung gedeckt ist, beläuft sich auf 20.600 Ks.

Die Verhafteten waren im wesentlichen geistlich, obwohl sie in Einzelheiten ihre Passagen mehrfach änderten. Sehr kameradschaftlich benahmen sich die Liebseule und Wandergefährten gegeneinander nicht. Dolezal behauptete, daß er seine Geliebte zu der Brandlegung angestiftet habe. („Sie haben uns nichts zu fressen gegeben, zünd' ihnen dafür an!“) Diese räumte wieder alle Schuld rücksichtslos auf ihren Freund. Bei der Konfrontation belasteten sie einander gegenseitig nach Kräften und mit einem Eifer, der geradezu unfassbar erscheint bei Menschen, die durch Jahre als Liebeshpartner und Schicksalsgenossen mit einander gelebt haben. Dieser skrupellose Egoismus ist übrigens keine seltene Erscheinung bei sozialen Leuten dieses Schlages im Gegensatz zu der streng gewohnten Solidarität der ausgesprochenen Arminellen untereinander.

Die Geschworenen erkannten nach einstündiger Beratung Emanuel Dolezal des Verbrechens der Brandstiftung und der Übertretung nach dem Bagabunden-gesetz schuldig, die Marie Bakus dagegen wurde mit allen zwölf Stimmen in diesem Punkte der Anklage als nicht schuldig befunden, sondern nur der Übertretung der Bagabunden-gesetze, die bei beiden Angeklagten miteingelagt worden war. Gegen 3 Uhr nachmittags verkündete der Vorsitzende, OSH. Mrázek das Urteil, durch welches Emanuel Dolezal zu sechs Jahren schweren und verschärften Kerkers, die Bakus wegen Bagabundage zu zwei Monaten strengen Arrests verurteilt wurde.

Der Film

Wer ist schuld daran?

Wenn die reichsdeutschen Filme, die uns in den letzten Wochen geradezu überflutet haben, künstlerisch wertvolle oder auch nur irgendwie interessante Produkte wären, dann könnte man das boykotwidrige Verhalten der meisten Prager Kinobesitzer zwar keineswegs billigen, aber doch wenigstens verstehen. Da es sich aber ganz im Gegenteil ausnahmslos um geistlose, kitschige, durch und durch abberne Nachwerke handelt, scheint es keine andere

Erklärung zu geben, als daß gewisse Leute stolz darauf sind, ihre Unternehmungen zum Schuttabladeplatz der braunen Filmindustrie machen zu können.

Der neueste Ankömmling auf dem Schutthausen heißt „Nur du bist schuld daran“, ein Film, dessen Höhepunkt ein blöder Schlozer ist und der — wenn wir uns nicht verärgert haben, zum tausendsten Male — die Geschichte von der hübschen kleinen Angestellten erzählt, die einen reichen Herrn kennenlernt, der den eigenartigen Wunsch hat, diese oder keine zu seiner Frau zu machen, der aber, statt diesen Wunsch zu äußern, erst einmal eine gar scherzhafte Komödie spielt und sich von seinem Vorhaben weder durch das Mißtrauen noch durch die Dummheit der netten Kleinen abbringen läßt. Daß in diesem Film (der unter E. W. Emos Regie abstoßend plump gespielt wird) auch noch eine Spulengeschichte erfunden wird, damit die Schlafzimmertür unter Wasser stehen und die jungen Leute im Pyjama durch die Straßen fahren können, sei als besondere Originalität geführend gerühmt.

Sind wirklich nur die Kinobesitzer daran schuld, daß so etwas trotz Boykott aufgeführt wird? Nein: vor allem ist das Publikum schuld, das solche Aufführungen besucht. Jenem Publikum, das zum Teil aus spendelustigen Jüngern des Dalkreuzes besteht und zum anderen Teil aus geistigem Mob, der sich für jede Blödsinnigkeit begeistert, wenn sie ihm nur das Denken und Empfinden erspart.

Aus der Partei

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker.
Heute, 8 Uhr im Heim: Genosse Deutsch: Spanien.

Sport • Spiel • Körperpflege

Norwegen, Belgien und wer noch?

Das Europameisterschaftsspiel der Arbeitersfußballer zwischen Norwegen und Finnland, das vor kurzem in Oslo stattfand, endete, wie bereits berichtet wurde, 6:1 für Norwegen. Die 6 Länder der nordeuropäischen Zone trugen bekanntlich ihre Kämpfe in zwei Gruppen aus, von denen die eine aus Finnland, Lettland und Estland und die andere aus Norwegen, Schweden und Dänemark bestand. Die Sieger dieser beiden Gruppen sollten dann um die Zonenmeisterschaft kämpfen. Nach den Nachrichten, die bis Ende August eintrafen, hätten Lettland und Dänemark auf Grund ihrer bis dahin erzielten Erfolge die meisten Aussichten auf den Gruppenstieg gehabt. In den weiteren Spielen scheiterten sie dann aber doch die Mannschaft von Norwegen und Finnland, die man ja auch als Favorits bezeichnen, an die Spitze gesetzt zu haben. Den Entscheidungsschlussspiel gewann nun Norwegen.

Im nächsten Jahre werden die Sieger der drei Zonen um den Titel des Europameisters kämpfen. Es würde den allgemeinen Erwartungen entsprechen, wenn Belgien (Sieger der westeuropäischen Zone), Norwegen (Sieger der nordeuropäischen Zone) und Österreich die Endrunde bestreiten würden. Österreich muß sich allerdings die Teilnahmeberechtigung an dieser durch einen Sieg über die Tschechoslowakei (Auss) erklären, falls dieses ihr noch ausfindiges zweites Spiel gegen Polen gewinnt.

Kinderfreunde Prag.

Freitag nachmittags um 1/4 Uhr im Letnaheim (Ramenická 1) Kinder-nachmittag. Genossinnen! Bringen Sie bitte alle erreichbaren Kinder zwischen 6 und 10 Jahren!

Sechs Landesmeisterschaften im Eisfahren. Die nächsten Skilaufmeisterschaften des AöS, die in jedem zweiten Jahr ausgetragen werden, werden erst wieder in der Wintersport Saison 1934/35 stattfinden. Trotzdem wird es im kommenden Winter eine Reihe von großen Sportveranstaltungen geben, da der Wintersportausflug des AöS beschlossen hat, sechs Landesmeisterschaften abzuhalten, die für die AöS-Mitglieder der betreffenden Länder offen sein werden. Die Landesmeisterschaften für Wien und Niederösterreich werden in Girschwang, für Steiermark in Kapfenberg, für Oberösterreich in Linz, für Kärnten in Villach, für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck und für Salzburg in Bischofshofen oder Bad-Gastein durchgeführt werden. Die Veranstaltung in Girschwang ist für den 10. und 11. Februar angelegt.

Literatur

Dr. Josef Macel: Kam se pověšty peníze? Co máme dělat? (Wieviel Geld haben wir? Was sollen wir tun?) (Prag 1933, Preis 4 Ks.) Die neueste Broschüre Macels ist eine Zusammenfassung von zehn Artikeln, die im Sommer 1933 im „Národní osvobození“ erschienen sind. Sie zeichnet sich, wie alle Arbeiten dieses Autors, durch blendendes Ziel, plastische Darstellung und mutige Kritik aus. Macel ist ein entschiedener Gegner der herrschenden Währungslehre; jene Parteien, in denen er die National- und Ziellosigkeit unserer Industriekapitane und agrarischen Führer geißelt, gehören zu den interessantesten Kapiteln. Der Verfasser bekämpft die Auffassung, daß wir es in England und U.S.A. mit einer Inflation zu tun hätten. Das starrte Festhalten an der Goldwährung führe zu fortwährender Verarmung, man verteidige die Stabilität der Währung, aber opfert bedenkenlos dem goldenen Kalb die Wohlfahrt der Menschen. Macel ist ein Anhänger des revolutionären Plans, wenn er auch als Sozialist weitergehende Forderungen stellt. Für unsere Wirtschaftspolitik schlägt er insbesondere Operationen der Nationalbank auf dem freien Markt nach englischem Vorbild vor, sowie Mobilisierung des Ertragnisses der Vermögensabgabe, dessen Theaurierung eine Konsumenz der falschen Geldtheorie Moskins gewesen sei, welche uns großen Schaden zugefügt habe; ferner fordert er Aufhebung des Devisenbewilligungsverfahrens, selbst um den Preis der Abkehr vom Goldstandard. — Ein Fehler der Arbeit des Genossen Macel ist, daß er, unter dem Einfluß der englisch-amerikanischen nationalökonomischen Schule, das Konjunkturproblem zu sehr vom monetären Standpunkt, von der Geldseite her begreift, während der Hauptkrisisfaktor in der kapitalistischen Distribution zu suchen ist. Trotzdem ist die Broschüre für den kritischen Leser sehr anregend, gerade weil Macel furchtlos gegen konventionelle Theorien auftritt.

An unsere Abonnenten!! Bitte lesen!

Und uns bis 10. Dezember den Abschnitt einsenden!

Wir zweifeln nicht daran, daß auch Sie die Gelegenheit benützen werden, an Stelle der teuren Neujahrsgitarren unserer Aktion Unterstützung zu gewähren, die der finanziellen Stärkung des Blattes diene und weiters den hohen idealen Zweck erfüllt, daß die Zusammengehörigkeit unserer Genossen und Genossinnen sichtbar vor Augen geführt wird.
Wir bitten Sie daher, Ihren Namen gegen eine Gebühr von 10 Ks in unser

Neujahrs-Kollektivinsjerat

aufnehmen zu lassen und den entfallenden Betrag von 10 Ks mit der Dezemberabonnementsgebühr einzusenden.

Wir sind überzeugt, daß auch Sie, der heutigen Zeit Rechnung tragend, uns Ihre Unterstützung nicht verweigern, und danken bestens für Ihre freundliche Förderung unseres Blattes.

Die Verwaltung.

..... Hier abtrennen! Hier abtrennen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Ich bestelle hiermit unter dem Namen: _____

Ort: _____

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von 10 Ks und sende Ihnen diesen Betrag gleichzeitig mit der Abonnementsgebühr pro Dezember ein.

Unterschrift: _____